

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
25. April 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Unsere Lösung. — Die Maisforderungen und die soziale Gesetzgebung in Deutschland. Von Gh. — Der Achtstundentag, ein Gesetz des kapitalistischen Warenaustausches. — Gegen das Heimarbeitersend. Von Helene Grünberg. — Der Achtstundentag, eine wichtige Etappe. Von Gretel Bosh. — Alwine Müller. Von ed. — Kampf im Baugewerbe. Von A. E. — Gesetzlicher Schutz und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Von Elfriede Gewehr.
Aus der Bewegung: Außerordentlicher (siebenter) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Stellungnahme der Genossinnen zur Frauenkonferenz in Düsseldorf und Heilbronn. — Von der Agitation. — Frauen bei den Wahlrechtsdemonstrationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Tarifabschluss in der Braunschweiger Konfervenindustrie. Von h. sch. — Aus der Textilindustrie. Von a. n. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notigenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Unsere Lösung.

Die diesjährige Maisfeier des revolutionären Weltproletariats wird in Deutschland von dem Wetterleuchten aufziehender schwerer sozialer Kämpfe umloht. Der außerordentliche Kongress der freien Gewerkschaften wirft der Regierung ihren zweiten Entwurf zu einer Reichsversicherungsordnung vor die Füße, wie dies der letzte Parteitag der Sozialdemokratie mit ihrem ersten Machtwort getan hatte. Das Stattfinden dieses Kongresses allein schon ist eine Quittung über das Fiasco der Sozialreform von oben, ist aber auch ein feierliches Geschehen, daß die organisierten Arbeitermassen aus eigener Kraft der bürgerlichen Gesellschaft die nötigen sozialpolitischen Neuerungen entreißen werden. Das gewaltige Ringen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern im Baugewerbe rückt die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe in ein helles Licht. Hüben und drüben werden sie von immer größeren, immer fester zusammengeschlossenen Organisationen der Kämpfenden getragen, die Rückhalt von jenseits der Berufssphäre und der Landesgrenzen empfangen, und immer tiefer, erschütternder wirken die wirtschaftlichen Kämpfe auf das Getriebe der gesamten gesellschaftlichen Ökonomie zurück. Der rollende Donner des Wahlrechtskampfes in Preußen kündet ein aufsteigendes Gewitter, das sengende Blitze über ganz Deutschland senden wird.

Schon jetzt zeigt sich, daß der Feldzug gegen die politische Herrschaft des Geldsacks in Preußen nicht eröffnet werden konnte, ohne daß die Wahlrechtskämpfe in anderen Bundesstaaten einen leidenschaftlicheren Herzschlag und größere Wucht erhielten. Wir denken an den Stand der Dinge in Braunschweig, in der „Republik“ Bremen, in Anhalt und anderen „engeren Vaterländern“. Jedoch der Wahlrechtskampf kann sich auch auf die Dauer nicht weiter entwickeln, ohne in Preußen selbst wie in den anderen Bundesstaaten seine Spitze ebenfalls gegen die politischen Invalidenhäuser der geborenen und berufenen Gesetzgeber zu kehren. Seiner ganzen Natur nach unfähig, dem Wohle der Massen zu dienen, tritt der hier hochende

Landsturm der Reaktion nur unter die Waffen, um die wichtigsten Reformen zu hemmen. Ein kraftvolles, zähes Ringen um die politische Demokratie in den Bundesstaaten muß endlich je länger je mehr den Sturm der Massen für die volle Demokratie im Reich entfesseln. Bekunden die Feinde der Arbeiterklasse nicht wieder und wieder das Gelüsten, das Reichstagswahlrecht reaktionär zu verhandeln, der vorwärtsdringenden proletarischen Macht im Parlament durch ebenso kleinliche als bössartige Geschäftsordnungsstücken zu begegnen, sie durch einen übergeordneten „Senat“ siebenmal gestiebter Gesetzgeber von Mammons Gnaden zu brechen? Und duckt sich die bürgerliche Mehrheit des Reichstags selbst nicht freiwillig unter die antiparlamentarische Faust der in Preußen regierenden Junkerkaste und des persönlichen Regiments? Die beste Verteidigung bleibt stets der Hieb, zumal für ein Kampfesheer besitzloser Massen, die ihre Gegner nie überzeugen können, sondern überwinden müssen. Eine wirksame Verteidigung des politischen Rechts der mit Hand und Hirn schaffenden Bevölkerung muß sich zum Kampfe für die demokratische Vollenbung des Reichstagswahlrechts zuspitzen, zum Kampfe für das Frauen- und Proportionalwahlrecht, die Herabsetzung des Wahlmündigkeitsalters, die Aufhebung der politischen Achtung der ganz Armen, die Unterstützung empfangen, die Neueinteilung der Wahlkreise usw. Sie muß zum Kampfe für die Macht des Parlaments selbst und die republikanische Staatsform treiben. Indes die proletarischen Massen den Krieg für das freie Wahlrecht in Preußen bis zu Ende durchfechten, muß in ganz Deutschland allerhand politischer Urväterhausrat in die Kumpellammer der Geschichte geworfen oder wenigstens in bescheidene Stubenwinkelchen gerückt werden. Das läßt schon die Einleitung dieses Krieges in Erscheinung treten. Die ersten Geschützsalven haben dem Proletariat das Recht auf die Straße, auf die Demonstrationen unter freiem Himmel erobert. Und wenn dieser gefallene Zweig vom Baume politischen Unrechts daran erinnert, daß der Baum selbst noch steht, so sagt er den Massen nicht minder eindringlich, daß nur ihre Kraft außerhalb der Parlamente ihn zu fällen vermag.

Vor zwanzig Jahren haben die klassenbewußten Proletarier aller kapitalistischen Länder in der ersten sinneseinmühtigen Manifestation feierlich ihren Willen bekundet, der kapitalistischen Ordnung die dringend nötigen sozialen und politischen Reformen abzutrocknen. Wenn Deutschlands werktätige Massen im Lichte der hervorgehobenen Flammenzeichen rückschauend betrachten, was sie seither in dieser Beziehung an „positiven Erfolgen“ errungen haben, mag ihnen die Bilanz mager erscheinen. Die Forderungen, um die es in diesen Tagen wettert und leuchtet, lassen dies begreiflich werden. Die sozialen Reformen auf den Gebieten des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sind nicht weit über bescheidene Ansätze hinausgekommen. Jede kleine Fortentwicklung zugunsten der Ausgebeuteten wurde durch Trutzmaßregeln gegen sie wettgemacht. Das Stück Menschentum, das die Gewerkschaften dank der Verkürzung der Arbeitszeit den gierigen Kapitalistenhänden entrissen, machen diese den Lohnsklaven vielfach wieder durch

intensivere Ausnutzung ihrer Kraft streitig. Zoll-, Steuer- und Wohnungswucher fressen in unholder Gemeinschaft nur allzuoft die schwer erkämpften Lohnerhöhungen wieder auf. Der Erweiterung politischer Volksrechte in Württemberg, Bayern usw. stehen die Rechtskräuberereien in Sachsen, Hamburg, Lübeck und vielen Gemeinden zur Seite. Die deutschen Arbeiter konnten in diesen zwanzig Jahren alles in allem weniger die Waffen erheben, um Neuland zu besetzen, als daß sie gezwungen waren, Vorstöße der Feinde zurückzuwerfen. Mußten sie nicht immer wieder tödliche Versuche abwehren, das kämpfende Proletariat durch Zuchthausgesetze zu Paaren zu treiben, es mittels der Ausgestaltung und der Praxis des gemeinen Rechts als gemeinstes Recht zu knebeln?

Spärlich und langsam reisend müssen dem Proletariat die Früchte seiner Reformarbeit dünken, wenn es sie an seinem leidenschaftlichen Begehren nach Freiheit und Kultur mißt; an der berausenden Fülle des gesellschaftlichen Reichtums, der sein eigenes Werk ist, der Macht des Besitzes, die aus seiner Schwäche und Gebundenheit ihre Nahrung zieht; an den Bedürfnissen des Leibes und der Seele, die jeden Tag mahnen, aufpeitschend aus den Abgründen seines Glends emporsteigen.

Doch wie steigt die Bedeutung der proletarischen Errungenschaften, wenn wir sie in anderem Zusammenhang betrachten! Sie haben Hunderttausende vor dem Absturz in das kampfunfähige Lumpenproletariat bewahrt; andere Hunderttausende wieder kampffähig gemacht; haben Millionen um das Banner des Sozialismus geschart; das Proletariat als Ganzes hat durch sie an Kampfesfrische und Schlagfertigkeit gewonnen. Denn dieses ist ihre alle anderen Vorteile überragende Tragweite: sie sind das Werk des organisierten Proletariats selbst. Kämpfend hat dieses jeden Zollbreit nach vorwärts errungen. Rein noch so bescheiden auftretender Fortschritt in der proletarischen Klassenlage konnte sich vollziehen, ohne daß ihm die große geschichtliche Tatsache steigender Organisation, bewußt geführten Klassenkampfes vorangegangen wäre. Die Sammlung, Organisation und Schulung der Arbeitermassen für den proletarischen Klassenkampf, der im Sturze der kapitalistischen Ordnung gipfeln muß, das ist das folgenschwerste, positive Ergebnis dieser zwanzig Jahre. Und wahrhaftig: das deutsche Proletariat kann mit Stolz auf dieses sein Werk zurückblicken. Wie engmaschig und fest ist das Netz seiner gewerkschaftlichen und politischen Organisation geworden, wie reich und blühend das Leben, das in ihnen pulsiert!

Die große Bedeutung des organisierten Aufmarsches der Ausgebeuteten als Klasse tritt aber weniger in greifbaren Erfolgen zutage, als vielmehr in dem zähen erbitterten Widerstand, dem jede Forderung der kämpfenden Heerscharen begegnet. Der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu der einen reaktionären Masse, sobald es sich um weittragende proletarische Interessen handelt, die fortschreitende Koalition der Unternehmer kündigen die steigende Macht des kämpfenden Proletariats. Was die trockensten starren Ziffern der letzten Berufs- und Gewerbezahlung aufzeigen, das bestätigen die Feuersäulen wirtschaftlicher und politischer Kämpfe. Wir stehen mitten drin in einer Ara revolutionärer Entwicklung, die zu gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen treibt.

Für das Proletariat gilt es, gerüstet zu sein. Schon hat es die Waffe der Straßendemonstrationen seiner Kistkammer einverleibt. Die Not — im Sinne der Notwendigkeit — wird es in absehbarer Zeit dazu drängen, sich auch jener Waffe zu bedienen, welche der Parteitag zu Jena dorthin gestellt hat: des Massenstreiks. Denn der Massenstreik ermöglicht es wie kein anderes Kampfmittel, die im gesellschaftlichen Tartarus schlummernden Riesenträfte zu mobilisieren und in klassenbewußte Aktion umzusetzen. Selbstverständlich kann es sich dabei nicht um einen einzigen Massenstreik als alleinseligmachende Kampfestat handeln, deren Datum, Voraussetzungen und Wirkungen die Theoretiker im voraus berechnen. Wohl aber werden Massenstreiks immer mehr als die typische Bewegungs- und Kampfesform des Proletariats in Zeiten revolutionärer Entwicklung und Gärung auftreten. „Es ist der Geschichte ew'ges Muß“, und ihr Gebot wird die alten erprobten

proletarischen Kampfesformen und Kampfesmethoden nicht entwerfen, sondern im Gegenteil bedeutamer und fruchtbarer gestalten.

Am Weltfeiertag der Arbeit ziemt es dem kämpfenden Proletariat, seinen Blick prüfend auf alle Machtmittel zu richten, die ihm zu Gebote stehen. Es kann sie nicht mustern, ohne an männlichem Selbstvertrauen, an geschichtlicher Einsicht und freigewollter Zucht zu gewinnen. Es darf ihre Anwendung nicht ins Auge fassen, ohne sich über die Gefahren und Opfer klar zu sein, welche mit dem Gebrauch verknüpft sind, ohne das heilige Gelöbniß, alle starken Quellen eines hingebungsvollen Idealismus zu erschließen. Es muß mit ihnen rechnen, ohne zu übersehen, daß sein Siegeslauf zwar ein sicherer, aber kein gleichmäßiger, geradliniger ist. Nicht verabsäumen, alles zu wägen, nicht davor zurückschrecken, alles zu wagen: diese Losung möge die Maifeier den Unterdrückten unverwischbar ins Bewußtsein schreiben. Von ihr beseuert, werden sie die Reformforderungen zum Siege tragen, welche am 1. Mai überall auf dem Erdenrund proklamiert werden, wo der tote Besitz seinen Schöpfer knechtet: den lebendigen, arbeitenden Menschen. Von ihr beseuert, werden sie die gewaltigste Tat der Menschheitsgeschichte vollbringen: die Befreiung des Proletariats als das Werk des Proletariats selbst. Mit dem unbeugsamen Willen zu dieser Tat reiht sich das klassenbewußte Proletariat Deutschlands den revolutionären Kampfesheeren seiner Brüder aller Länder ein.

Die Maiforderungen und die soziale Gesetzgebung in Deutschland.

gh. In diesem Jahre fällt unsere Maidemonstration in eine Zeit, in der der Reichstag sich mit einer ganzen Reihe wichtiger sozialpolitischer Vorlagen beschäftigt: mit den Entwürfen zur Änderung der Arbeiterschutzbestimmungen in der Gewerbeordnung, eines Hausarbeitsgesetzes, eines Stellenvermittlungsgesetzes, eines Arbeitskammergesetzes, einer Reichsversicherungsordnung.

Diese Vorlagen sind Beweise dafür, daß die Erklärung des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris im Jahre 1889 richtig ist:

Eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung ist in allen Ländern, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, absolut notwendig.

Sie sind Beweise dafür, daß es selbst unter dem preussisch-deutschen Polizeiregiment in der Sozialpolitik keinen Stillstand geben kann, daß vielmehr auch hier die Gesetzgebung immer wieder vor wichtige sozialpolitische Aufgaben gestellt ist.

Trotzdem zeigen uns gerade diese sozialpolitischen Vorlagen, wie weit wir noch von der Erfüllung unserer Maiforderungen, von einer tatsächlich wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung entfernt sind. Der Achtstundentag für alle Arbeiter besteht bei uns noch nicht, und die herrschenden Klassen bekämpfen diese Forderung aufs äußerste. Bezeichnend ist es, daß bürgerliche Sozialpolitiker schon als einen großen Fortschritt die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 feiern, die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. Und doch hat dieses Gesetz die tägliche Maximalarbeitszeit nicht auf acht, sondern bloß auf zehn Stunden beschränkt, und überdies nicht für alle Arbeiter, sondern nur — abgesehen von den Kindern unter 16 Jahren — für Fabrikarbeiterinnen, und auch das nur mit allzu vielen Überarbeitstagen als „Ausnahmen“. Für die männlichen Arbeiter über 16 Jahre beanspruchen die herrschenden Klassen nach wie vor die gesetzlich ganz unbeschränkte Arbeitszeit an allen Wochentagen, sofern nicht besonders nachgewiesen wird, daß „durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird“. Als ob nicht eine solche Gefahr stets bei übermäßiger Ausbeutung besteht! Die Folge dieses „Rechtszustandes“ ist, daß der allergrößte Teil der Arbeiter jedes gesetzlichen Schutzes vor einer zu langen Arbeitszeit entbehrt. Hieran soll auch die Vorlage bezüglich

der Arbeiterschutzbestimmungen in der Gewerbeordnung so gut wie gar nichts ändern.

Genau so vergeblich suchen wir in dem Entwurf eines Hausarbeitengesetzes gerade die Maßnahmen, die allein hier als eine wirksame Arbeiterschutzesgesetzgebung anerkannt werden können. Nämlich die Maßnahmen, die die Unternehmer zwingen, die nötigen zweckmäßigen Betriebswerkstätten einzurichten und hier die Arbeiter zu beschäftigen, die sonst in dem Elend der Heimarbeit zugrunde gehen. Alle Anträge der Sozialdemokraten, die derartige Maßnahmen in das Gesetz noch nachträglich hineinbringen wollen, werden in der Kommission des Reichstags von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt.

Die bürgerlichen Parteien im Reichstag sind nicht einmal für eine planmäßige Bekämpfung der Mißwirtschaft zu haben, die durch die privaten Stellenvermittlungsgeschäfte und durch die Maßregelungsbureaus der Arbeitgeberverbände getrieben wird. Soviel steht jetzt schon fest, daß das neue Gesetz im besten Falle nur hier und da einem gar zu — unvorsichtigen Stellenvermittler sein unsauberes Handwerk legen wird, die schändliche Vergewaltigungstaktik der Arbeitgeberverbände aber wird es ganz unbehelligt lassen.

Dieselbe Halbheit kennzeichnet endlich auch den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Die Geheimräte in dem Reichsamt des Innern erklären sich in der Begründung des Entwurfes für unfähig, unsere gesamte Arbeiterversicherung so, wie es die Natur der Sache erfordert, in einem einheitlichen Gebäude zu vereinigen. Statt dessen bieten sie uns ein klägliches Flickwerk, das mit einer angeblichen „gegenseitigen Annäherung“ der ganz verschieden organisierten „Träger“ der einzelnen Versicherungszweige die Unverständlichkeit und Unübersichtlichkeit der vielen gesetzlichen Bestimmungen nur noch steigert.

Aus jedem Satz der sozialpolitischen Vorlagen spricht der böse Wille der herrschenden Klassen. Diese können zwar der Bewegung für eine tatsächlich wirksame Arbeiterschutzesgesetzgebung nicht mehr ganz widerstehen, suchen sie aber durch möglichst kleine Zugeständnisse abzuschwächen. Aus diesem Grunde hat das deutsche Proletariat noch immer nicht eine Arbeiterschutzesgesetzgebung großen Stils erlangt, die unseren Maisforderungen entspricht, sondern es muß langwierige Kämpfe selbst um den kleinsten Fortschritt führen.

Ja, die herrschenden Klassen wagen stets von neuem den Versuch, die Bewegung für eine wirksame Arbeiterschutzesgesetzgebung von ihrer Bahn abzulenken und sie zur Vergewaltigung der Proletarier auszunutzen. In dem neuen Entwurf eines Arbeitskammergesetzes haben die verbündeten Regierungen einen wichtigen Vorschlag der großen Mehrheit des Reichstags gefirchten. Er wollte, daß die Arbeiter das Recht haben sollen, als ihre Vertreter auch die Beamten ihrer Gewerkschaften in die Arbeitskammern zu entsenden. Um des „Bergnügens“ willen, mit den Unternehmern unter „hoher obrigkeitlicher Leitung“ verhandeln zu können, sollen die Arbeiter auf ihr Selbstbestimmungsrecht bei der Wahl ihrer Vertreter verzichten!

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung will den Arbeitern sogar das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen entreißen! Dabei wird den Arbeitern angeboten, sie sollen sich für diese Entrechtung durch die Herabsetzung ihrer Beitragsleistung für die Krankenkassen entschädigen lassen. Als ob die Arbeiter so gedankenlos und so ehrlos wären, daß sie für Geld ihr wichtigstes Recht preisgeben könnten: ihr Selbstverwaltungsrecht, ihr Recht als gleichberechtigte Menschen. Und zwar für die Rückerstattung eines winzig kleinen Teiles des Geldes, das ihnen die herrschenden Klassen durch die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft abpressen.

Solche sozialpolitischen Vorlagen sind geradezu eine Verhöhnung unserer Maisforderungen. Denn diese sollen die körperliche und geistige Kraft der Arbeiter stärken, sollen die Arbeiter befähigen, sich einen immer größeren Anteil an unserer Kultur zu erzwingen, auf eine immer höhere Stufe zu gelangen, bis sie stark genug sind, um die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft durch die sozialpolitische Wirtschaft abzulösen. Die sozial-

politischen Gesehtwürfe der herrschenden Klasse dagegen bezwecken, kleine und kleinliche Verbesserungen des Arbeiterschutzes als Vorwand zu unerhörten Arbeitertrozmaßnahmen zu mißbrauchen und den Arbeitern so ihren Befreiungskampf gegen die jetzige Klassenherrschaft möglichst zu erschweren.

Daher hat die deutsche Arbeiterklasse auch in diesem Jahre guten Grund, mit aller Entschiedenheit am 1. Mai zu demonstrieren. Sie protestiert mit ihren Maisforderungen gegen die ungenügenden sozialpolitischen Vorlagen, die der Reichstag im nächsten Jahre zu erledigen hat, und ruft alle Ausgebeuteten auf

zum Kampfe
für unsere Maisforderungen,
für eine wirklich wirksame Arbeiterschutzesgesetzgebung,

für eine gründliche Änderung der vorliegenden sozialpolitischen Regierungsentwürfe,
für die Sicherung und weitere Ausdehnung der Selbstverwaltung auch auf sozialpolitischem Gebiet.

Der Achtstundentag, ein Gesetz des kapitalistischen Warenaustausches.

Am 1. Mai läßt das Proletariat der ganzen Welt den Ruf nach dem Achtstundentag erschallen. In machtvollen Demonstrationen zusammengeschlossen, gegen die bürgerliche Gesellschaft als Klasse abgeschlossen, erhebt es diese Forderung. Und die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung wollen es, daß diese Reform, die das Proletariat zu einem Moment reinen revolutionären Klassenkampfes macht, durch die Gesetze des kapitalistischen Warenaustausches gerechtfertigt wird. Hören wir darüber Marx, der diese Gesetze erforscht hat. Wir lesen im „Kapital“, 5. Auflage, 8. Kapitel, 1, S. 194 ff.:

„Der Kapitalist beruft sich (betreffs des Verbrauchs der Arbeitskraft) auf das Gesetz des Warenaustausches. Er, wie jeder andere Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:

Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem anderen Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größeren Wert als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplay nur ein Gesetz, das des Warenaustausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittels ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehen von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw. muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten wie heute. Du predigst mir beständig das Evangelium der ‚Sparsamkeit‘ und ‚Enthaltung‘. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur so viel von ihr flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersehen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge. Wenn die Durchschnittsperiode, die ein Durchschnittsarbeiter bei vernünftigem Arbeitsmaß leben kann, 30 Jahre beträgt, ist der Wert meiner Arbeitskraft, den du mir einen Tag in den andern zahlst, $\frac{1}{365 \times 30}$ oder $\frac{1}{10950}$

ihrer Gesamtwerthes. Konsumierst du sie aber in 10 Jahren, so zahlst du mir täglich $\frac{1}{10000}$ statt $\frac{1}{1000}$ ihres Gesamtwerthes, also nur ein Drittel ihres Tagwerthes, und stiehlt mir daher täglich zwei Drittel des Wertes meiner Ware. Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unseren Vertrag und das Gesetz des Warenaustausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, vielleicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obenrein im Geruch der Heiligkeit stehen, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst, schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigener Herzschlag. Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange wie jeder andere Verkäufer."

Warum muß aber das Proletariat trotzdem den Achtstundentag, der durch die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft legitimiert wird, als eine Forderung seines Klassenkampfes erheben und durchsetzen? Marx antwortet darauf etwas weiterhin:

"Es findet hier eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar — ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, das heißt der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse."

An die Arbeit, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen!

Gegen das Heimarbeiterehend.

Am 1. Mai erhebt das internationale Proletariat die Forderung auf gesetzlichen Arbeiterschutz. Die menschliche Arbeit soll nicht länger der toten Ware gleich rücksichtslos verbraucht werden, weil sie mit lebendigem Menschentum untrennbar verbunden ist. Nirgends aber wird das Menschentum so gering geachtet, so mit Füßen getreten, wie in der Heimindustrie. Und gerade auf diesem Gebiet fehlt die doppelt nötige gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen noch so gut wie vollständig. Die fürchterlichsten Mißbräuche, welche die kapitalistische Ausbeutung erzeugt, wuchern hier geradezu schrankenlos weiter.

Die Sozialdemokratie hat, kaum daß sie sich zur Partei zusammengesprochen hatte, dem Heimarbeiterehend den Krieg erklärt. Schon 1867 forderte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schweizer in einem Arbeiterschutzgesetzentwurf, daß auch die Heimindustrie eine entsprechende Regelung erfahre. 1877 unternahm die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dieser Richtung einen erneuten Vorstoß. Aber die bürgerliche Welt, die sonst von Mitleid für die Armen überfließt, blieb stumm. Auch von den bürgerlichen Parteien, die sonst mit Pfaffen stets bei der Hand sind, trat damals wie früher keine einzige für den Schutz der Ausbeuteisten der Ausbeuteten ein. Man hätte glauben können, die bürgerliche Welt wäre blind für ihr furchtbares Elend. Nur als 1885 der Schutz Zoll auf Nähfäden erhöht werden sollte, erinnerten sich die Freihändler der armen Näherinnen. Freilich mußte ihre Erinnerung durch die Agitation der Berliner Arbeiterinnenorganisation aufgefrischt werden, die unter der Führung von Genossin Thyer tatkräftig vorging. Der Reichstag beschloß Erhebungen, die nachwiesen, daß die Konfektions- und Wäschearbeiterinnen vielfach durch Hungerlöhne der Prostitution in die Arme getrieben werden. Doch bei dieser Feststellung blieb es, die Gesetzgebung schritt nicht ein, um dem kapitalistischen Wucher mit Gesundheit, Leben und Sittlichkeit der Heimarbeitenden Schranken zu ziehen. Und das, obgleich immer weitere Kreise der kapitalistischen Ausbeutung in ihrer härtesten Form verfielen. Wo immer die menschliche Arbeitskraft wohlfeiler zu haben war als Maschinenkraft und der Betrieb nicht unbedingt maschinelle Einrichtungen erforderte, wurde die Heimarbeit eingeführt und

jung und alt auf die schändlichste Weise ausgebeutet. Von der Not gehebt, dehnten die Arbeiter die Zeit ihres Schaffens immer länger aus. Das wirkte mittelbar wieder auf das Sinken ihrer Löhne zurück. Dabei hatte das lange Schuften um so schädlichere Folgen, als es meist in zu kleinen und ungesundeten Räumen geschah, die Wohn-, Schlafraum und Küche waren und oft genug Kranken- und Sterbezimmer. Kein Wunder, daß der abgerackerte Körper, der zu allem noch ungenügend ernährt war, der Tuberkulose und dem Siechtum jeder Art anheimfiel.

Ein einziges Mal lehnten sich die ausgebeuteten Heimarbeiter mit elementarer Wucht gegen ihre Qualen auf. Das war 1896 bei dem großen Konfektionsarbeiterstreik. Dieser Kampf warf helles Licht darauf, daß die Weltfirmen der Konfektion ihre Blüte nur einer gemeingefährlichen Ausbeutung, der denkbar niedrigsten Entlohnung verdanken. Außerdem wurde nachgewiesen, welche trasse Mißstände überall das System der Zwischenmeister zeitigt, durch das die ohnehin geringen Löhne noch mehr herabgedrückt werden. Als 1904 der mit einer Heimarbeitersammlung verbundene Heimarbeiterschutzkongress in Berlin tagte, flossen die bürgerlichen Sozialreformer von Mitleid für den enthüllten Jammer über. Unglaublich schien es ihnen, daß Menschen unter den festgestellten Bedingungen ihr Leben fristen. Besonders für die ausgebeuteten Kinder hatten die gerührten Herren und Damen tausend goldene Worte. Der Ruf nach Heimarbeiterschutz tönte auch durch die bürgerliche Welt Deutschlands. Doch als es galt, Worte in Taten umzusetzen, da spürte man wenig von den mitleidweichen Herzen.

1906 reichten unsere Genossen im Reichstag einen Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter ein. Er enthielt eine genaue Abgrenzung der umstrittenen Frage, wer zu den Hausgewerbetreibenden, wer zu den Heimarbeitern zu rechnen sei. Sodann brachte er hygienische Vorschriften in bezug auf die Arbeitsräume und eine Reihe anderer sanitärer Bedingungen. Der Entwurf legte fest, daß der Ortspolizei ein genaues Verzeichnis der Arbeitsstätten und der Heimarbeiter einzureichen sei, die für einen Unternehmer außerhalb seines Betriebs tätig waren. Auch forderte er Lohnbücher, in welche der Arbeitgeber den Lohn für die fertiggestellten Waren einzutragen habe. Außerdem wollte der Entwurf die Arbeitszeit gesetzlich geregelt haben und sprach das Verbot der Kinderarbeit aus, wie die Unterstellung der Heimarbeiter unter die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Die Unternehmer sollten dabei verpflichtet sein, zu den Versicherungsstellen genau so wie für die Fabrikarbeiter beizutragen. Eine zweckentsprechend ausgearbeitete Gewerbeinspektion hatte nach dem sozialdemokratischen Entwurf die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten nur die Gewerbegerichte zuständig sein, denen auch die Aufgabe zugewiesen wurde, als Einigungsämter bei Lohnfestsetzungen für bestimmte Dauer zu fungieren. Der Gesetzentwurf, dessen wichtigste Bestimmungen wir angeführt haben, bestand aus 22 Paragraphen.

Vor dem „trauten Heim“ hat jedoch die deutsche Gesetzgebung bis jetzt immer Halt gemacht. Sie beweist damit keines Verständnis für die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion. Es ist rentabler, alle Glieder der Familie auszubeuten — zumal die widerstandsschwachen Frauen und die ganz wehrlosen Kinder — als den Familienvater allein. So hörte man im Reichstag wenig genug von den sonst so wortreichen bürgerlichen Freunden der bemitleideten Heimarbeiter. Keine einzige Partei kämpfte mit der Sozialdemokratie zusammen für die wirksame Zügelung der maßlosen Ausbeutung, an der Zehntausende in dumpfigen Arbeitshöhlen verderben und sterben.

Die Forderungen der Sozialdemokratie wurden nicht Gesetz, jedoch mußte sich die Regierung dazu bequemen, dem Entwurf ihrer letzten Gewerbeordnungsnovelle Bestimmungen zur gesetzlichen Regelung der Heimarbeit einzufügen. Diese blieben — wie nicht anders zu erwarten war — weit hinter den Forderungen zurück, die im Interesse Hunderttausender erhoben werden müssen, die leiblich wie geistig in den Tiefen schauriger

Not zugrunde gehen. Es war wieder die alte Geschichte. Dem werktätigen Volke wird die Blendlaterne der Arbeiterfreundlichkeit vor Augen gehalten, damit es fernerhin in Gemütsruhe weiter ausgebeutet werden kann. Die Kommission, welche der Reichstag mit der Beratung der Regierungsvorlage beauftragte, ging allerdings über die vorgeschlagenen Viertelmaßregelchen hinaus. Sie ließ sich sogar von den Sozialdemokraten so weit vorwärts treiben, daß sie Lohnämter forderte, denen die Festsetzung von Minimallöhnen für die Heimarbeit obliegen sollte. Die Regierung wollte von dieser Neuerung prinzipiell nichts wissen, sie blieb ihrer Rolle als Hüterin der Ausbeutungswirtschaft getreu. Zu einer endgültigen Entscheidung der Frage kam es aber damals nicht. Der Entwurf zur Gewerbeordnungsnovelle wurde in den Teilen, die sich auf die Heimarbeit bezogen, dadurch hinfällig, daß die Regierung nach dem Steuerraub der Finanzreform den Reichstag nicht vertagte, sondern durch Sessionsluß heimückte. Sie hat nun den Entwurf zu einem besonderen Heimarbeitengesetz eingebracht, das am 16. Februar 1910 im Reichstag in erster Lesung behandelt worden ist. Er setzt keine Lohnämter fest. Und doch weiß jeder, der mit dem Heimarbeitelend nur einigermaßen vertraut ist, wie bitter not gerade diese Neuerung tut, wenn Schlimmerem als der Ausbeutung, wenn der nackten Auswucherung der Heimarbeiterschaft gesteuert werden soll. Wird doch oft genug die Arbeit vergeben, ohne daß feste Abmachungen über den Lohn erfolgen. Am Zahltag, der alle acht oder vierzehn Tage stattfindet, erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen, was dem Unternehmer gut dünkt. Not und Vereinzelnung liefern sie einem kapitalistischen Goldhunger wehrlos aus, der nicht vor Überforderungen zurückschreckt, die oft genug gemeiner Betrug sind. Besonders war es eine Freisinnsluchte, der Abgeordnete Manz, seines Zeichens Schuhfabrikant, der sich gegen die Lohnämter wie gegen den Zwang zur Listenführung über die beschäftigten Heimarbeiter wendete. Mit gar beweglichen Tönen warf er sich zum Ritter der vielen „höheren Töchter“ und „besseren Frauen“ auf, die in der Heimindustrie nur ein Taschengeld für Maschereien und Puz verdienen wollen und die ärgsten Schmutzkonkurrenztinnen der Arbeiterinnen sind, die ihr Stück Brot verdienen müssen. Diese Damen dürfen nach Herrn Manz nicht durch die Angabe ihres Namens bei der Polizei und den Lohnämtern an den Pranger gestellt werden! Was würden auch sonst die lieben Verwandten und Freundinnen sagen, mit denen sie sich zum „standesgemäßen“ Klatsch zusammenfinden? Mögen viele Zehntausende von Arbeiterinnen darben, ja hungern! Der „Sozialpolitiker“ Manz scheint an bedenklichem Gedächtnischwund zu leiden, denn andernfalls müßte er sich an das erinnern, was über die Schmutzkonkurrenz bürgerlicher Damen, die sich ehrlicher Arbeit schämen, wieder und wieder festgestellt worden ist. Der Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Schmidt, zerzaufte alle erbärmlichen Scheingründe gegen den gründlichen Schutz der Heimarbeiter und verteidigte die neuerlich erhobenen sozialdemokratischen Forderungen. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, da zunächst eine Kommission über die Angelegenheit berät. Seit 40 Jahren steht also die Sozialdemokratie als treue Vorkämpferin für den Schutz der Heimarbeitenden auf dem Plan. Was hat sie bisher der bürgerlichen Gesellschaft abgezwungen? Kleine Zugeständnisse nur, die den Tropfen auf dem glühenden Stein des Heimarbeitelendes gleichen. Die Vorschriften betreffend die Arbeitszeit der Jugendlichen und Arbeiterinnen sowie die sanitären Bedingungen sind auf Werkstätten der Kleider- und WäscheKonfektion ausgedehnt worden. Als weitere Reform soll nun der § 114a der Gewerbeordnung auch für die Hausindustrie Geltung haben. Dieser Paragraph schreibt Lohnbücher vor, in welche der Arbeitgeber den genauen Lohn für die zu leistende Arbeit eintragen muß. Das ist alles. Die Gewerbeinspektion ist aber nicht so ausgebaut, daß sie die strikte Durchführung auch nur dieser armseligen gesetzlichen Schutzmaßregeln sichert. Und solange dies nicht der Fall ist, werden die schönsten Bestimmungen gegen den Raubbau mit menschlicher Arbeitskraft in der Heimarbeit zum großen Teil toter Buchstabe bleiben. Daher sind

den Königen der Heimarbeit alle Forderungen besonders verhasst, die auf eine wirksame Kontrolle des gesetzlichen Arbeiterschutzes abzielen. Mit ihnen möchten sie die gesetzlichen Schranken gegen ihre Ausbeutungsgelüste überhaupt von vornherein über den Haufen werfen. Sie bombardieren den Reichstag mit Protestresolutionen über Protestresolutionen gegen die bescheidensten Neuerungen, die ihren Lohnsklaven zugute kommen sollen.

Die Entscheidung in Sachen des Heimarbeiterschutzes steht in den nächsten Monaten bevor. Sie darf nicht fallen, ohne daß die Heimarbeitenden selbst laut und eindringlich ihre Stimme erhoben haben. Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des klassenbewußten Proletariats ist es, all diese Armen aus ihren armseligen Wohnungen hervorzurufen und zum Kampfe für ihre Interessen zu mobilisieren. Das Bewußtsein, daß ihre Brüder und Schwestern der Fabrikindustrie hinter ihnen stehen, ihre Sache als die eigene betrachten, muß ihnen Vertrauen verleihen und die Kraft stärken. Der 1. Mai redet von alledem zu ihnen. Er muß auch ihnen ein Tag der Freude und Hoffnung, des festen Entschlusses zum Kampfe sein. Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, heraus! Schart euch um den Maibaum der Sozialdemokratie! In seinem Zeichen winkt euch Schutz, dem Unternehmertum zum Trug!

Helene Grünberg.

Der Achtstundentag eine wichtige Etappe.

Die Arbeiterklasse ist der Titan, dessen Werk in der Tiefe die ganze Gesellschaft erhält, in ihr ruhen die wertvollsten Kräfte des Volkes, sie ist Bahnbrecherin und Trägerin der neu entstehenden Kulturperiode. Deshalb heißt es das Interesse der Gegenwart, daß die Kräfte des Proletariats nicht vor der Zeit vernichtet werden. Im Hinblick auf die Zukunft aber müssen wir erst recht dafür sorgen, daß ein gesundes, starkes Proletariatsgeschlecht heranwächst, das imstande ist, die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Die offiziellen Statistiken der Ärzte, Hygieniker und Sozialpolitiker erhärten jedoch, daß die Arbeiterklasse mehr als jede andere Gesellschaftsschicht von Krankheiten und Siechtum jeder Art bedroht wird. Unsummen von Menschenkraft werden alljährlich durch das Übermaß der kapitalistischen Ausbeutung auf die unsinnigste Weise vergeudet. Dieser Erscheinung setzt das Proletariat immer lauter, immer zielbewußter seine Forderungen auf Schutz von Gesundheit und Leben entgegen. Unter diesen Forderungen steht die allen voran: Heraus mit dem Achtstundentag!

Durch die übermäßig lange Arbeitszeit, die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegt, werden die Proletarier körperlich wie geistig zugrunde gerichtet. Der menschliche Organismus kann auf die Dauer ohne schwere Schädigungen nur ein bestimmtes Maß von Arbeit leisten, und auch das nur, wenn die verbrauchte tägliche Kraft ersetzt wird durch genügende Nahrungsaufnahme, Ruhe und Schlaf. Gerade der Forderung auf Ruhe und Schlaf schlagen die Zustände in vielen Zweigen des Wirtschaftslebens ins Gesicht. Wie soll das Schlafbedürfnis befriedigt werden bei 12 bis 14stündiger oder noch längerer Arbeitszeit? Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß nicht allein die Zeit der Ruhe äußerst knapp bemessen ist, sondern daß zu allem hin bei Übermüdung der Schlaf meist nicht tief und erquickend ist. Dadurch wird die Körperkraft der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr einziges Kapital, vor der Zeit aufgezehrt. Zudem haben die Arbeiter naturgemäß unter den gesundheitlichen Schädigungen, die jeder Betrieb in anderer Gestalt mit sich bringt, unter den Berufskrankheiten weit schwerer zu leiden, wenn ihnen infolge übermäßiger Arbeitsdauer die Zeit fehlt, ihnen entgegenzuwirken. Es kommen hier nicht nur diejenigen Berufe in Betracht, in denen die Beschäftigten direkten Gefahren durch Vergiftung und dergleichen ausgesetzt sind. Nein, fast jede andauernde Verrichtung wirkt durch einseitige Anstrengung bestimmter Organe sowie Nerven und Muskelgruppen schädlich. Es sei denn, daß anderweitig ein Ausgleich geschaffen wird. Die Nachteile einseitiger Betätigung werden noch gesteigert durch den Aufenthalt in meist

schlecht ventilierten Räumen, die mit Staubteilchen und Gasen geschwängert sind.

So wirkt all dies zusammen, um die Gesundheit der Proletarier mehr oder minder rasch zu untergraben. Die nächste Folge davon ist verminderte Widerstandsfähigkeit gegen Ansteckungen. Ist es doch statistisch nachgewiesen, daß Arbeiter in Berufen mit langer Arbeitszeit weit häufiger als andere epidemisch auftretenden Seuchen zum Opfer fallen. Andererseits geht stets Hand in Hand mit der Verminderung der Arbeitszeit der Rückgang der Krankheitsfälle. Den engen Zusammenhang zwischen Sterblichkeitsziffer und Arbeitsdauer zeigt am augenscheinlichsten eine Statistik der Maschinenbauer Englands. Sie weist aus, daß durch die Kürzung der Arbeitsdauer auf 9 Stunden täglich das Leben der Maschinenbauer um 10 Jahre verlängert wurde. Auch die jähen Gefahren, die dem Industriearbeiter in Gestalt von Betriebsunfällen drohen, sind zum guten Teil auf die lange Arbeitszeit zurückzuführen. Kann man doch aus der Statistik des Reichsversicherungsamtes ersehen, daß die größte Zahl von Betriebsunfällen gerade diejenigen Unternehmen haben, in denen lange gearbeitet wird. So die Mühlenwerke, Brauereien, Ziegeleien usw. Daß diese Tatsache nicht auf besondere Gefährlichkeit des Betriebs an und für sich zurückzuführen ist, sondern auf Fahrlässigkeit infolge von Übermüdung, geht aus dem Wesen der genannten Betriebe hervor. Auch spricht dafür die Erfahrung, daß während der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und 8 bis 6 Uhr nachmittags sich doppelt so viel Unfälle ereigneten als zwischen 6 und 9, zwischen 12 und 3 Uhr.

Alle die beleuchteten Schäden können durch Herabsetzung der Arbeitszeit sehr gemildert werden. Das beweisen die günstigen Erfolge, die man überall mit dieser Maßregel erzielt hat. So sind in der Quecksilberindustrie in Fürth nach Einführung des Achtstundentags die Quecksilbererkrankungen völlig verschwunden, die früher bei 80 Prozent der Arbeiter festgestellt wurden. Trotz alledem will die Profitgier der Unternehmerklasse in allgemeinen von solchen Maßregeln nichts wissen. Hat doch die lebendige Maschine den großen Vorzug vor der toten, daß all das im Dienste des Kapitalismus verbrauchte Material ohne Schaden für den Unternehmer ersetzt werden kann. Diese Rechnung stimmt wohl für den Augenblick und auch auf Jahre hinaus, aber schließlich ergeben all die zerstörten Menschenleben ein ungeheures Defizit an Volkskraft. Zerstört doch die Produktion in ihrer jetzigen Gestalt nicht nur die heutige Generation, sondern auch das kommende Geschlecht. Dies zeigt uns die große Säuglingssterblichkeit in Proletarierkreisen mit erschreckender Deutlichkeit. Der Raubbau mit Menschenkraft erscheint um so unsinniger, wenn man bedenkt, daß tatsächlich bei kürzerer Arbeitszeit dieselbe Arbeit qualitativ besser geleistet werden kann, daß also eine Herabsetzung der Schaffensdauer im eigensten Interesse der Kapitalistenklasse liegt. Wo bleibt da der feine Instinkt des Unternehmertums, der doch sonst nie versagt, wenn es gilt, den eigenen Vorteil zu wahren.

Doch nicht um sich so viel Kräfte zu erhalten, daß es im Dienste des Kapitalismus ein Jahrzehnt länger fronden kann, fordert das Proletariat den Achtstundentag. Es heischt ihn, weil es sich eine Zeit der Muße sichern will, während der es aufhört, eine Maschine zu sein, die jahraus jahrein halb stumpfsinnig dieselbe Verrichtung ausführt. Auch das Proletariat verlangt Anteil an den Errungenschaften der Kultur, für die es durch seine Arbeit die Vorbedingungen schafft. Die immer mehr ins einzelne gehende Arbeitsteilung, die jede vielseitige Ausbildung der menschlichen Fähigkeiten unterbindet, macht die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer gebieterischen Notwendigkeit. Auch vom rein menschlichen Standpunkt aus, im Interesse des Familienlebens der Arbeiter und vor allem der Erziehung ihrer Kinder müssen wir eine Einschränkung der Arbeitszeit fordern. Wie sollen ferner die Arbeiter bei übermäßig langer Schaffensdauer Muße finden zur Beteiligung am politischen und gewerkschaftlichen Leben?

Alle die angeführten Tatsachen fallen für die Arbeiterin noch weit schwerer ins Gewicht als für die Männer. Ihr

Organismus und die besonderen Aufgaben, die sie für die Erhaltung der Art zu erfüllen hat, bewirken, daß die gesundheitlichen Schädigungen ihres Berufs sie äußerst hart treffen. Dabei lasten auf ihr neben der Erwerbsarbeit noch alle die Pflichten, denen sie als Hausfrau, Mutter oder Tochter nachzukommen hat. Deshalb fehlt ihr auch noch viel mehr als dem Manne die Zeit, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Und doch empfinden immer mehr Proletarierinnen die Notwendigkeit, sich über das Wesen der Gesellschaft klar zu werden und am politischen und gewerkschaftlichen Kampfe ihrer Klasse teilzunehmen.

Immer klarer wird sich das Proletariat der elementaren Kraft bewußt, die in ihm als Masse schlummert. Die einzelnen lernen begreifen, daß sie in ihrer Zersplitterung ohnmächtig sind, daß aber die Millionen und Abermillionen zur unbezwingbaren Macht werden, wenn sie vereinigt zusammenstehen. Vor dem Willen des vereinigten Proletariats hat sich das Unternehmertum mehr als einmal gebeugt, vor ihm wird es in Zukunft erst recht kapitulieren müssen. Die Verkürzung der Arbeitszeit hilft diese Macht schaffen und stärken. Sie hilft ein körperlich und geistig starkes Geschlecht auf den geschichtlichen Kampfplatz stellen. Darum steht sie im Mittelpunkt unserer Forderung. Sie ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zum Endziel.

Gretel Borsch.

Ulwine Müller.

Wer war Ulwine Müller? „Eine Megäre, ein entmensches Weib,“ lautet die haßerfüllte Antwort der Bourgeoisie in Lodz, einem der größten Zentren der Textilindustrie in Rußisch-Polen. „Eine, die zu uns gehörte, eine Kämpferin und Heldin,“ erklären die Lodzer Arbeiter mit Stolz. War Ulwine Müller eine jener zahlreichen russischen und polnischen Frauen der privilegierten Klassen, die nach hartem inneren Ringen mit den Vorurteilen ihrer Umgebung brachen, Entbehrungen und Verfolgungen auf sich nahmen, um im Kampfe gegen politische und wirtschaftliche Sklaverei sich auf die Seite der Entrechteten und Ausgebeuteten zu schlagen? Oder war sie eine jener führenden Frauen, die an der Spitze der Bewegung standen und dadurch ihren Namen für immer mit ihr verknüpften? Keins von beiden. Ulwine Müller hatte weder Rechte noch Vorrechte aufzugeben, als sie sich der sozialdemokratischen Armee in Lodz anschloß; sie hatte nichts zu verlieren als ihre Ketten und eine Welt voll Glück und Recht zu gewinnen. Sie war eine jener Ungezählten, aus der sich Ihre Majestät, die Masse, zusammensetzt. Ungenannt und ungekannt tragen sie die schwersten Opfer, schlagen sie die größten Schlachten, wälzen sie das Rad der Geschichte um. Von Zeit zu Zeit erhebt sich eines dieser Zahllosen über das Meer der Schicksalsgenossen, um wie ein Meteor aufzuleuchten und zu versinken. Eine Tat voll Heldenmut und Todesverachtung läßt dann die herrlichsten Kräfte erkennen, die in der Masse schlummern. . . .

Von Ulwine Müller wußte man sogar in Lodz nicht viel. Sie arbeitete in einer der größten Textilfabriken der Stadt, war Mitglied der dortigen sozialdemokratischen Organisation und hatte fünf kleine Kinder zu ernähren. Man darf annehmen, daß Ulwine Müller bei keiner der zahlreichen Demonstrationen fehlte, die dem Kampfe um politische Freiheit und der Lockerung wirtschaftlicher Fesseln dienten oder der Ausdruck ihrer internationalen Solidarität am 1. Mai waren. Es ist ebenso gewiß, daß sie die Opfer des Niesenkampfes getragen hat, an denen Lodz wie keine andere Stadt reich war. Durfte Ulwine Müller fern bleiben, als es galt, im Generalstreik die Macht des Absolutismus zu erschüttern, den Neunstundentag zu erobern, allerhand durch die Gewohnheit „geheiligte“ Mißstände in der Fabrik abzuschaffen? Im mächtigen Generalstreik protestierte sie mit den anderen Habenichtsen zusammen gegen die Einführung der Feldgerichte in Polen, sie feierte mit ihren Arbeitsgenossen den 22. Januar, den Gedenktag des Ausbruchs der russischen Revolution. Wer zweifelte daran, daß Ulwine Müller die Arbeit niederlegte, so oft ein Flugblatt ihrer Partei dazu rief, so oft ein plötzliches Stillstehen der Maschinen, der schrille Pfiff der Dampfpfeife verkündete: es wird gestreikt? Dann waren Sorgen und Entbehrungen wochenlang bei ihr zu Gast. Doch wer sprach davon? Daß alles war damals so selbstverständlich, wie daß die Sonne scheint und die Nacht den Tag ablöst.

Da kam das Jahr 1907. Die Reaktion begann sich von den wuchtigen Schlägen der frondenden Massen zu erholen und sammelte

alle finsternen Mächte: das Lumpenproletariat wie die in ihrer Existenz bedrohten feudalen Parasiten, die verdummt und verrotzte, zum Teil auch irreführende Soldateska und schließlich die „aufgeklärte“, Klassenbewusste Bourgeoisie, die zu einer der Hauptstützen des zusammenbrechenden Zarismus wurde. Diese Bourgeoisie, die beim Ausbruch der Revolution Arbeiterfreundlichkeit geheuchelt hatte, warf ihre Maske ab, als es sich zeigte, daß das Proletariat nicht gewillt war, mit seinem Blute ihr allein den Weg zur politischen Macht zu bahnen, sondern seinen Teil daran verlangte und anstatt sich mit billigen Versprechungen abspesen zu lassen, klug genug war, das Feuer auf der ganzen Linie, nach beiden Fronten zu eröffnen: gegen die Herrschaft des Zarismus wie die des Kapitals. Ihr Haß und ihre Wut kannten keine Grenzen. Voll unverhohlener Freude begrüßte sie darum die Verfolgungen, die der Zarismus wie aus einem Füllhorn über die Arbeiter ausschüttete. Die Feld- und Kriegsgerichte fanden ihren ungeteilten Beifall. Als der Arbeiterklasse ein schon erkämpftes Recht um das andere wieder entzogen wurde, als ein Schlag nach dem anderen auf ihre Organisationen herabfiel, als die Proletarier die Gefängnisse füllten und mit einem „Hoch die Revolution“ den Tod empfingen, da feierte die Bourgeoisie Siegesorgien. Ihre Presse bewarft die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter mit Kot, denunzierte sie bei der Regierung und führte einen systematischen, berechneten Kampf gegen die sozialistischen Arbeiter. In Lodz gelang es ihr sogar, unaufgeklärte und geläufte Proletarier in einen gewalttätigen Bruderkampf zu hegen, dem weit über hundert Arbeiterleben zum Opfer fielen. Auf der einen Seite der blutige Terror der Regierung, auf der anderen der weiße der Bourgeoisie, die durch Kesselaussperrungen das Proletariat auszuhungern bemüht war. Die Arbeiterschaft sah sich rings von Feinden umstellt, sie war von tausend Hunden gehegt. Um diese Zeit brach neben manchem kleinen wirtschaftlichen Geplänkel in der Lodzer Textilfabrik von Silberstein ein größerer Kampf aus. Es handelte sich um Lohnerhöhungen. Gegen 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen traten in den Ausstand. Darunter auch Alwine Müller. Die Streikversammlungen wurden, wie es während der Revolutionsperiode in Lodz üblich war, in den Fabrikräumen abgehalten. Schon dauerte der Streik mehrere Wochen, und noch immer war kein Ende abzusehen, da die Besitzer jegliche Verhandlungen ablehnten. Als eines Tages die Arbeiter wieder in der Fabrik eine Beratung abhielten, fand sich einer der Besitzer ein. War er aus eigenem Antrieb gekommen, wie die Arbeiter behaupteten, oder hatten ihn diese „in eine Falle“ gelockt, wie es die Fabrikanten wissen wollten, das ist unaufgeklärt geblieben. Genug, er war da. Die Arbeiter verlangten zu wissen, wie er sich zu ihren Forderungen stelle. Er antwortete mit herausforderndem Hohne und wollte sich darauf entfernen. Da besetzten die Arbeiter alle Eingänge, fest entschlossen, nicht eher den Weg freizugeben, bis ihnen Auskunft geworden sei. Um zu verhindern, daß ein Verräter die Polizei benachrichtige, stellte sich Alwine Müller mit einem geladenen Browningrevolver an das Telephon. „Nur über meine Leiche“, sagte sie, „führt der Weg zum Telephon.“

Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden. Im nahen Bureau wußten die Angestellten, daß ihr Chef von den Arbeitern „verhaftet“ sei, aber sie hüteten sich wohlweislich, die Kofalen herbeizurufen — ein Teil solidarisierte mit den Arbeitern und gönnte dem verhafteten jungen Fabrikanten die Demütigung, der andere fürchtete die Rache für eine Denunziation. Im großen Fabriksaal wurde es immer schwüler: zwei erbitterte Feinde standen sich, von unverföhlichem Haß erfüllt, gegenüber. Der junge Proch wollte nichts von Nachgeben wissen; er schätzte die Masse, „den Pöbel“ so gering, daß er sich trotz der wachsenden Erregung immer noch als „Herr der Situation“ fühlte. Immer schärfer, herausfordernder klang sein Spott, immer leidenschaftlicher wurde die Menge. Vergewaltigten mahnten einige besonnene Genossen zur Ruhe, vergebens warteten sie die maßlos Erbitterten, sich von ihrem gerechten Zorn zu Handlungen hinreißen zu lassen, die nicht zu den Kampfmitteln der Sozialdemokratie gehören. Es lochte in der Masse. Da zog der tollkühne Kapitalist einen Revolver, richtete ihn drohend gegen die Arbeiter und rief: „Höhere Löhne müchtet ihr — Kugeln habe ich für euch, ihr Straßenräuber.“ In demselben Augenblick entriß ihm eine Arbeiterfaust den Revolver, ein Schuß krachte und tödlich getroffen sank der Fabrikant zu Boden. Die Masse stob auseinander. Als kaum eine Viertelstunde später Kofalen die Fabrik umringelten, fanden sie niemand vor. Doch schon in der nächsten Nacht wurde ein furchtbares Gerücht über die Arbeiter gehalten: ein Fabrikantenleben ist teuer. Gegen zweitausend Proletarier, Männer und Frauen, die kleine Kinder unverorgt zurücklassen mußten, wurden aus den Betten gerissen und verhaftet. Da die Gefängnisse

nicht alle „Verdächtigen“ faßten, sperrte man sie zum Teil in leerstehenden Privathäusern ein. Truppweise wurden sie zum Verhör geschleppt und so lange gefoltert, bis sich einige die Namen der „Mädelsführer“ in der Fabrik entreißen ließen. 24 Stunden später verbreitete sich das Gerücht, der eben eingetroffene Generalgouverneur Kasnatow habe 7 Personen zum Tode verurteilt, ohne Gericht zu halten, ohne die Angeklagten zu vernehmen, ohne sie ihren Zeugen gegenüberzustellen. Unter den Verurteilten war Alwine Müller. Zwei davon hätten nachweisen können, daß sie an dem betreffenden Tage überhaupt nicht in der Fabrik gewesen waren, ein Dritter, daß er zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hatte. Auch unter den übrigen befand sich nicht der eigentliche Schuldige, der den Schuß abgefeuert hatte. Doch was besagte das? Sie waren Sozialdemokraten, und Kasnatow wollte an ihnen „ein Exempel statuieren“. Alwine Müllers Verbrechen heischte den Tod, darüber waren sie sich einig — der zarische Bluthund wie die Lodzer Bourgeoisie. Schweigend vernahm die Proletarierin ihr Todesurteil. Schweigend wies sie dem Priester die Tür, als er kam, um ihr den letzten christlichen Trost zu spenden. „Gut mir der Pfaffe im Leben nicht geholfen, so brauche ich ihn im Tode nicht“, rief sie ihren Gefinnungsgenossinnen in der benachbarten Zelle zu. Beim Morgengrauen wurden die sieben Verurteilten gefesselt und unter militärischer Eskorte in den Wald geführt. Einige der Todgeweihten schluchzten, der Priester brach ohnmächtig zusammen — Alwine Müller zuckte mit keiner Wimper. Schweigend empfing sie den Tod. . . .

Wer war Alwine Müller? Ein entmenschetes, gefühlloses Weib oder eine Heldin? Ging sie nicht am Leben? Gedachte sie nicht ihrer Kinder, die vielleicht in derselben Stunde weinend nach der Mutter riefen? Alwine Müller liebte das Leben — wie hätte sie sonst so viel daran gesetzt, es schöner und menschenwürdiger zu gestalten. Sie liebte ihre Kinder, wie hätte sie sonst alles gewagt, eine helle Zukunft zu erkämpfen. Und weil Alwine Müller ihre Kinder liebte, gedachte sie jener Hunderttausenden von Kindern, die des Vaters oder der Mutter beraubt unter der Herrschaft des Kapitalismus hilflos zugrunde gehen mußten. Alwine Müller liebte ihre Kinder, darum war ihr einziges und bestes Vermächtnis für sie ihr eigener standhafter Geldentod. ed.

Kampf im Baugewerbe.

Die diesjährige Maifeier der deutschen Arbeiterklasse fällt in die Tage eines gewaltigen wirtschaftlichen Kampfes, der den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital unverhüllt vor aller Augen stellt, der eindringlich predigt, wie gemeingefährlich der in wenig Händen angehäufte Kapitalbesitz ist. Seit dem 15. April sind die Arbeiter des Baugewerbes ausgesperrt. Hunderttausende liegen feiernd auf dem Pflaster, weil der Nachtdünkel der Bauherren es also gebot. Schon seit vielen Jahren schwebt den deutschen Bauunternehmern das hohe Ziel vor, die baugewerblichen Arbeiterorganisationen, die in gewissem Sinne die Avantgarde der Arbeiterbewegung bilden, zu knebeln und wenn möglich für alle Zeit kampfunfähig zu machen. Oft genug haben das die Wortführer der Herren offen ausgesprochen. Die Unternehmerorganisationen wurden ausgebaut und in jeder Weise für den Kampf gerüstet. Aus einstigen Gegnern der Tarifverträge verwandelten sich die Unternehmer in ihre Freunde und eifrige Förderer. Sie glaubten nämlich entdeckt zu haben, daß die Tarifverträge eine Waffe seien, die sich zur Fesselung der Arbeiterorganisationen mit verwenden lasse. Die Baugewaltigen erstrebten — nicht ohne Erfolg — den gleichzeitigen Ablauf möglichst vieler Verträge. Dadurch sollte ihnen Gelegenheit werden, riesige Arbeitermassen auszusperrn, die Klassen der Gewerkschaften zu leeren und dann den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Ursprünglich war die große Kraftprobe schon für das Jahr 1908 geplant. Jedoch damals fühlten sich die Unternehmer einerseits doch nicht stark genug, um sie zu wagen; andererseits waren die Arbeiterorganisationen infolge der Krise gezwungen, einige Bedingungen zu schlucken, die sie in normalen Zeiten nicht akzeptiert haben würden. Der letztere Umstand stärkte das Kraftbewußtsein der Unternehmer wesentlich, und so reifte bei den Scharmachern unter ihnen der Plan, daß im Jahre 1910 die große Auseinandersetzung erst recht stattfinden müsse. Sie sollte den Unternehmern des Bau-

gewerbes das Recht der Diktatur zurückerobern, das sie schon längst verloren hatten. Daß der Kampf auch einen anderen Ausgang nehmen könne, daran dachte ursprünglich von den Scharfmachern wohl keiner. Infolge der Verträge von 1908 war ja bei deren Ablauf fast im ganzen Reiche die Bahn für die Ausperrung frei. Die Scharfmacher nahmen an, daß es den Gewerkschaften ganz unmöglich sein würde, siegreich aus einem Riesenkampf hervorzugehen. Mit rührender Naivität rechneten sie bereits aus, in wieviel Tagen die Klassen der Gewerkschaften geleert sein würden und die Arbeiter zu Kreuze kriechen müßten.

Um zur Entscheidung zu treiben, stellten die Unternehmer ganz ungeheuerliche Forderungen, Forderungen, von denen sie wußten, daß die Gewerkschaften sich ihnen nie und nimmer beugen konnten, daß es also zum Kampf kommen mußte. Bis jetzt wurden die Tarifverträge zwischen den örtlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer abgeschlossen. Das war deshalb ganz natürlich, weil diese Organisationen die Träger der Tarife sind und in erster Linie für ihre Respektierung sorgen müssen. Nunmehr verlangten aber die Unternehmer, daß alle Tarife zwischen den Zentralvorständen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen abgeschlossen werden sollten. Hätten sich die Gewerkschaften diesem Ansinnen gefügt, so würden sie nicht nur für etwaige Verstöße gegen die Tarife mit ihrem Vermögen privatrechtlich haftbar sein, sondern den Unternehmern auch Gelegenheit geben, nach schwedischem Muster wegen Differenzen an einem Orte die Generalausperrung androhen und durchzuführen zu können. Die Bauherren begehrten weiter die Festsetzung von Staffel- und Durchschnittslöhnen an Stelle der bisherigen Minimallöhne und die Einfügung des Wortes „tüchtig“ in den Vertrag. Auch diese Forderungen sind für die Gewerkschaften absolut unannehmbar. Würden sie erfüllt, so wäre es den Unternehmern möglich, die Löhne ganz nach Belieben festzusetzen, denn sie beanspruchen ja für sich das Recht der Entscheidung, wer von den Arbeitern als „tüchtig“ zu gelten habe. An die Stelle einer vertraglichen Regelung der Löhne träte ein unheilvoller Wirrwarr, der zu fortgesetzten Streitigkeiten führen müßte. Genau so ist es mit dem Verlangen der Unternehmer, die Organisationen der Arbeiter sollten ausdrücklich die Akkordarbeit anerkennen, sich aber bei der Festsetzung der Löhne usw. jeder Beeinflussung enthalten. Die Zustimmung zu diesem Grundsatz würde bedeuten, daß die Gewerkschaften die Festsetzung der Akkordlöhne — insbesondere in Zeiten schlechter Konjunktur — ganz in das Belieben der Unternehmer stellten. Diese verlangten außerdem noch die Anerkennung der Arbeitsnachweise, die von ihnen eingerichtet sind und noch eingerichtet werden, und die nach den bisherigen Erfahrungen als Maßregelungsbureaus schlimmster Sorte zurückgewiesen werden müssen.

Alle diese Unternehmerforderungen schlagen der Idee des Tarifvertrags geradezu ins Gesicht. Diese Idee setzt Parität, setzt volle Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern voraus. Die deutschen Bauunternehmer wollen aber keinen Tarifvertrag in des Wortes wahrer Bedeutung, sondern eine Art verbesserter Gesindeordnung, ein Instrument, das ihrer Profitgier und ihren Herrschaftsgelüsten dient. Daß sie dieses Instrument von den Arbeitern nie und nimmer freiwillig erhalten würden, wußten die Scharfmacher im deutschen Baugewerbe sehr genau. Sie rüsteten daher zum Kampfe, der zur Knebelung der Arbeiter führen soll. Daß sie dabei auf die Unterstützung von Seiten der großindustriellen Geldsackgewaltigen rechnen können, ist selbstverständlich. Diesen Herren ist keine Kategorie von Proletariern so verhaßt wie gerade die ständig vorwärts drängenden Arbeiter des Baugewerbes. Der Arbeitgeberverband soll den scharfmacherischen Bauunternehmern eine Unterstützung von fünf Millionen zugesichert haben. Die Herren sollen gleichsam die Preisfechter des Kapitals sein, die mit der eigenen Macht zusammen auch ihren kapitalistischen Brüdern Ruhe vor dem Drängen der Ausgebeuteten erobern. Die Welt des „Drüben“ wollte fest zusammenstehen, um die Arbeiter niederzuzwingen.

Wie sieht es trotz alledem in den Reihen der Bauunternehmer aus? Es fehlte unter ihnen nicht an Leuten, denen die Erkenntnis aufdämmerte, daß die Arbeiter sich doch nicht mir nichts dir nichts zu Paaren treiben lassen würden. So bildete sich eine Kriegs- und eine Friedenspartei, und auch über die Forderungen kam es zu keiner vollen Einigkeit. Die süddeutschen Unternehmer waren unter Führung der Württemberger bereit, auf den Arbeitsnachweis und die Akkordarbeit zu verzichten, an denen die norddeutschen Herren unter allen Umständen festhalten wollten. Diese erklärten ihrerseits, die Staffellöhne und das Wort „tüchtig“ preisgeben zu können, was die Süddeutschen wieder als unmöglich bezeichneten. Das Protokoll von der letzten Generalversammlung der Unternehmer in Dresden zeigt außerdem, daß ihrer Organisation eine einheitliche Leitung völlig fehlt. Der erste Vorsitzende des Bundes wollte im Ausland, der zweite trat von seinem Posten zurück. Nicht minder schlimm für die Scharfmacher ist es, daß sich die Unternehmer in Hamburg und einigen kleineren Städten mit den Arbeitern bereits geeinigt haben, und daß auch in Berlin Verhandlungen stattfinden, die zwar bis jetzt noch zu keiner Einigung geführt haben, aber fortgesetzt werden. So ist die Einigkeit der Unternehmer nicht weit her. Trotzdem hat die überwiegende Mehrheit, getrennt den Beschlüssen der Generalversammlung, den Kampf erklärt. Dieses Ringen zwischen Kapital und Arbeit ist von ungeheurer Tragweite und greift in seinen Folgen weit über das Baugewerbe hinaus. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben muß von ihm schwer erschüttert werden. Angesichts dieser Sachlage hat die Reichsregierung zwischen den Parteien zu vermitteln versucht. Ihre Bemühungen sind an dem starren Nein der Arbeitgeber abgeprallt. Ebenso sind Einigungsversuche gescheitert, welche von den Regierungen in Bayern und Württemberg unternommen worden sind. Die Scharfmacher des Baugewerbes und mit ihnen die der gesamten deutschen Großindustrie wollten den Krieg. Sie haben ihn.

Die Verbandstage der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und der christlichen Bauhandwerker haben mit diesem Ereignis gerechnet. Einmütig und unter großer Begeisterung beschlossen sie, den Kampf aufzunehmen und ihn der deutschen Bauarbeiterschaft würdig zu führen. Die Ausgesperrten werden in den ersten vierzehn Tagen auf jede Unterstützung verzichten und sich dann mit einer niedrigeren als der statutarisch zugesicherten Hilfe begnügen. Die Angestellten der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisation verzichten in den ersten vierzehn Tagen des Kampfes auf ihr Gehalt und zahlen für die fernere Zeit 25 Prozent davon als Streikbeitrag. Die in Arbeit stehenden Mitglieder der Organisationen leisten Streikbeiträge, die zwischen 30 Pf. und 1 Mk. pro Tag schwanken. Diese Opferwilligkeit macht einen biden Strich durch die Rechnung der Unternehmer auf leichten und schnellen Sieg. Daß die Rechnung ganz zuschanden wird, dafür werden nötigenfalls die Proletarier ganz Deutschlands sorgen. Sie wissen, daß es ihre ureigenste Sache ist, welche die Bauarbeiter verfechten. Es ist ein gutes Omen für den Erfolg des Kampfes, daß die Gewerkschaftsorganisationen der Bauarbeiter ohne Unterschied der Richtung zusammenstehen. Weber das kirchliche Bekenntnis noch die politische Überzeugung soll die Proletarier des großen Berufsgebietes trennen. Als Ausgebentete, die ihr Recht verteidigen müssen, stehen sie den Ausbeuteten gegenüber, ihren gemeinsamen Feinden. So ist schon heute ein wichtiges Ergebnis des Kampfes gewiß, das künftige Siege verbürgt: stärkere Solidarität der Bauarbeiter, wachsende Erkenntnis ihres Gegensatzes zu der Kapitalistenklasse, zunehmende Schulung für den bewusst geführten, zielklaren Klassenkampf.

Überall, wo deutsche Proletarier am 1. Mai der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unverföhnliche Feindschaft, nimmer rastenden Krieg ansagen, werden sie der kämpfenden Brüder des Baugewerbes gedenken, um aus ihrem Ringen zu lernen und um diesem ihre tatkräftige Solidarität zu versichern. Hunderttausende von proletarischen Frauen und Mädchen sind an diesem Kampfe interessiert. Er wird ihre Opferfreudigkeit auf die höchste Probe stellen. Sie werden es an nichts fehlen lassen, was zum Siege der Arbeiter beizutragen vermag. Sie

dürfen dabei des Bestandes aller Klassenbewußten Schwestern der Arbeit sicher sein. Die Solidarität der Ausgebeuteten ohne Unterschied des Berufs, des Geschlechts, der Konfession, der Nationalität ist kein leerer Wahn. Sie ist eine lebensstrotzende Kraft, die aus der kapitalistischen Ausbeutung erwächst. Der grandiose, die Welt umspannende Gedanke der Maisfeier wird auch in der moralischen und materiellen Unterstützung zum Ausdruck kommen, die das gesamte Proletariat den kämpfenden Bauarbeitern angedeihen läßt. Dieser Klassenkampf muß mit dem Siege der Arbeiter enden. Das gelobt ein feierlicher Schwur am 1. Mai.

A. E.

Gesetzlicher Schutz und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen.

Gesetzlicher Schutz und gewerkschaftliche Organisation, das sind zwei Wälle, hinter denen die Arbeiterinnen Deckung gegen das Übermaß der rücksichtslosen kapitalistischen Profitmacherei suchen müssen. Mehr noch als ihre Brüder der Arbeit bedürfen sie dieser Deckung. Rächen sich doch die Sünden der kapitalistischen Ausbeutung nicht bloß an ihnen selbst, sondern an den Nachkommen, die ihrem Mutterleib entstammen. Und werden sie doch trotz dieses furchtbaren Zusammenhanges noch härter ausgebeutet als die Arbeiter. Warum? Die Arbeiterinnen wissen es: weil sie im allgemeinen schwächer, widerstandlos der Ausbeutungsgewalt gegenüberstehen. Die Notwendigkeit, Schranken gegen diese aufzurichten, wächst mit der Ausdehnung der Frauenarbeit.

Die Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie brachte eine vollständige Umwälzung des ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und zeitigte die Frauenerwerbsarbeit als notwendige Folge. Der Großbetrieb mit seiner bis ins kleinste durchgeführten Arbeitsteilung und seinem komplizierten Maschinensystem zwingt die Lohnflaven, Tag für Tag, Stunde für Stunde dieselben Handgriffe zu wiederholen. Dadurch wird ihre Leistungsfähigkeit zwar erhöht, aber nur zum Vorteil der Unternehmer. Denn die Vereinfachung der Verrichtungen erübrigt eine lange Lehrzeit. Eine kurze Unterweisung genügt heute, damit sich der Arbeiter „einschafft“. Darum kann er aber auch jederzeit durch eine ungelernete Arbeitskraft ersetzt werden. So auch durch die Frau. Das bedeutet für den Proletarier Unsicherheit der Existenz, ferner ein Sinken des Wertes seiner Arbeitskraft. Sein geringerer Lohn genügt wohl allenfalls zu seinem eigenen Unterhalt, aber nicht zur Bestreitung der Bedürfnisse einer Familie. Immer mehr proletarische Frauen werden heute gezwungen, wie der Mann hinauszugehen in den Kampf ums Dasein. Und nicht nur die Söhne, auch die Töchter der Proletarier müssen, kaum der Schule entwachsen, ihr Brot selbst verdienen. Daß die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in der Industrie wie im Handel die Möglichkeit des Broterwerbs erhalten, ist nicht dem Wohlwollen des Kapitalisten zu danken, wie sie und ihre Lobredner es so gern hinzustellen belieben. Die weibliche Arbeitskraft hat vielmehr für die Unternehmer den Vorzug der Willigkeit und Willigkeit. Es ist das kapitalistische Interesse an der Steigerung des Gewinns, an der Abwehr der Konkurrenz, die zur steigenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte führt. So wenden die Unternehmer immer gewaltigere Summen auf für Fabrikeinrichtungen, bessere Maschinen usw., um an Stelle des Mannes die Frau verwenden zu können und die Leistungsfähigkeit des Betriebs zu steigern, das heißt die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verschärfen. Aber die Einbeziehung der Frauen in das kapitalistische Wirtschaftsleben hat für die Lage der Arbeiterklasse schwere Nachteile im Gefolge.

Zunächst vergrößert das Auftreten der Frauenerwerbsarbeit das Angebot der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Das wirkt senkend auf die Löhne der Arbeiter im allgemeinen zurück. Weit schlimmer ist, daß die Frauen ihre Arbeitskraft dem Kapital äußerst billig verkaufen und in der Folge zu Schmutzkonkurrentinnen der Männer werden, sich selbst und

ihre Klassengenossen damit schädigend. Der Grund dafür ist unter anderem, daß die Frau ihren Verdienst oft nur als eine Ergänzung zum Lohne des Mannes betrachtet, statt für die gleiche Arbeitsleistung auch den gleichen Lohn zu verlangen. Dazu ist sie, die schon von Jugend auf zur Demut und Bescheidenheit erzogen wurde, ein weit widerstandsloseres und willigeres Ausbeutungsobjekt als der Mann. Kein Wunder, daß diese „Tugenden“ sie zu einem begehrten Ausbeutungsobjekt machen. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der erwerbstätigen Proletarierinnen. Kaum gibt es noch Berufszweige, in denen die Frauenarbeit nicht Eingang gefunden hat. Selbst im Baugewerbe, Wege- und Bergbau, in Ziegeleien und Steinbrüchen wird sie verwendet, unbekümmert darum, daß hier die Fron dem weiblichen Organismus besonders schädlich ist.

Hat aber die Frau für das Kapital den ganzen Tag geschanzt und schlägt die Feierstunde im Betrieb, so kann die Arme doch nicht an Ruhe denken. Zu Hause warten ihrer noch andere Pflichten: es heißt kochen, sicken, waschen, scheuern usw. Selbst der Sonntag wird für die proletarische Erwerbstätige zu einem Arbeitstag. Die langen Arbeitsstunden und die übermäßige Anstrengung der Kräfte zermürben aber zusammen mit der Untervernährung infolge von Hungerlöhnen Körper und Geist der Arbeiterin. Frühzeitig wird ihre Gesundheit und Lebenskraft zerstört. Jedoch — das wird der ganzen Klasse verhängnisvoll — nicht nur die der Arbeiterin allein. Diese ist Mutter oder soll es eines Tages werden. Die schädlichen Einflüsse wirken über sie hinaus auf die künftige Generation. So zertritt das Kapital in seiner unersättlichen Profitgier rücksichtslos die Gesundheit, Lebensfreude und das Familienglück ganzer Geschlechter.

Doppelt leidet die Proletarierin unter der kapitalistischen Ausbeutung, doppelt bedarf sie daher auch des Schutzes dagegen. Sie findet ihn in dem festen Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen und -genossinnen. Kann der Arbeiter bei der Verfechtung seiner Interessen gegen das goldwürgende Kapital der gewerkschaftlichen Organisation nicht entbehren, so gilt das in noch viel höherem Maße für die zwiefach Ausgebeutete und Bedrohte: die Arbeiterin. Gerade in ihrer Eigenschaft als Frau bedarf sie der günstigeren Arbeitsbedingungen, welche die Gewerkschaft erkämpft und sichert. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung des Lohnes, sanitäre Vorkehrungen im Betrieb machen die Arbeiterin widerstandsfähiger gegen die verderblichen Einflüsse der Berufsarbeit auf ihre schutzbedürftige Konstitution, geben ihr die Möglichkeit, ihre vielseitigen Pflichten als Gattin und Mutter besser zu erfüllen. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bewirken weiter, daß die Arbeiterin ihre „verdammte“ Bedürfnislosigkeit mehr und mehr ablegt, daß sie materielle und kulturelle Ansprüche an das Leben stellt. Erkennt sie dann allmählich, wieviel ihr die Gesellschaft heute schuldig bleibt, was alles sie entbehren muß, wird die Sehnsucht nach Freiheit und Bildung mächtig in ihr emporlodern. Die Arbeiterin muß dann zu einer tapferen und opferwilligen Gewerkschaftlerin werden.

Außer Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, also der Existenzverhältnisse, bietet die Gewerkschaft den Lohnflavinnen noch weitere materielle Vorteile. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit wie der Erwerbsunfähigkeit findet sie eine Stütze an ihrem Verband. Zwar wäre es Sache des Staates, durch eine gut ausgebauten Arbeiterversicherung die unglücklichen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise vor dem Versinken ins tiefste Elend zu bewahren. Er hat aber bis heute seine Pflicht dazu nur in ganz winzigem Maße erfüllt. Die Gewerkschaften haben sich darum in dieser Beziehung zur Selbsthilfe gezwungen gesehen. Sie haben entsprechende Unterstützungseinrichtungen geschaffen. Sie werden von der Einsicht und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten, ihre Vorteile kommen in der Folge auch nur diesen zugute. Millionen aber stehen noch abseits, die der Hilfe bedürftigen, und unter ihnen befinden sich große Scharen von Proletarierinnen. Dringend ist daher die Notwendigkeit, durch Agitation das Heer der Organisierten und Kämpfenden zu vermehren,

die Kapitalisten zum Respekt vor dem Menschentum der Ausbeuteten, den Staat zur Erfüllung seiner Pflichten zu zwingen.

Zu den materiellen Vorteilen der Gewerkschaftsorganisation kommen noch die ideellen. Das Bewußtsein, nicht hilflos der Brutalität des Kapitals preisgegeben zu sein, hinter sich schützend eine Macht zu wissen, wird der unselbständigen und verschüchterten Arbeiterin Widerstandskraft, Sicherheit und Mut verleihen, wird sie zu einer starken Persönlichkeit erziehen, die ihre Interessen dem Unternehmer gegenüber wohl zu vertreten wagt. Die allein dastehende Arbeiterin findet in ihrem Verband eine neue Familie, die an ihrem Wohl und Wehe teilnimmt, die ihr Trost und Freude spendet.

So segensreich aber auch die Organisation für die erwerbstätige Proletarierin ist, so sehr die aufgezeigten Vorteile jede veranlassen müßten, dem Verband ihrer Berufsgenossen beizutreten, ist es doch leider Tatsache, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen auf große Schwierigkeiten stößt. Es mangelt den proletarischen Frauen und Mädchen vielfach noch an der nötigen Einsicht in ihre Klassenlage, an Solidaritätsgefühl und an Mut, die weibliche Schüchternheit zu überwinden und an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Ein anderer Umstand kommt noch hinzu. Viele Frauen fassen ihre Erwerbstätigkeit nicht als einen Beruf auf, sondern als eine Nebenbeschäftigung, die nur zeitweilig neben die häusliche Tätigkeit tritt; zahlreiche junge Mädchen leben in der falschen Hoffnung, daß ihre Berufsarbeit nur ein Durchgangsstadium zur Ehe sei. Das alles bewirkt, daß so sehr viele Arbeiterinnen ihren Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation für überflüssig halten. Auch die häuslichen Arbeitslasten und die niedrigen Löhne verursachen, daß viele Frauen dem Verband fernbleiben. Das rächt sich an den Arbeiterinnen selbst und an den Arbeitern. Wie oft hat die Kurzsichtigkeit der unorganisierten Lohnsklavinnen den Kampf der Arbeiter erschwert, wie oft hat sie diese in den Händen des Kapitals zu Werkzeugen gegen ihre eigenen Klasseninteressen werden lassen. War es nicht Unwissenheit, daß sich in einigen Orten Arbeiterinnen gegen die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags vom 1. Januar 1910 ab wehrten? Sie beschränkten davon eine Einbuße an ihrem ohnehin schon fargen Lohn. Die Armen wußten nicht, daß lange Arbeitszeit und niedriger Lohn Hand in Hand gehen, wie umgekehrt kurze Arbeitszeit und hoher Lohn. Wie gerne benutzen die Unternehmer und ihre „Stützen“ Äußerungen und Taten unaufgeklärter Proletarierinnen, um den organisierten Kämpfenden entgegenzuhalten: die Arbeiterinnen selbst haben kein Verlangen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit, nach besseren Arbeitsbedingungen. Arbeiterinnen sind es sehr häufig, die dem gewinnfüchtigen Unternehmertum ermöglichen, an den Akkordlöhnen festzuhalten, die vielfach zur intensivsten Anstrengung und Ausnutzung der Kräfte führen. Akkordarbeit — Mordarbeit.

Die Arbeiterinnen aufzuklären und zu organisieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben, denn sie verwandelt hemmende Kräfte des gewerkschaftlichen Kampfes in Mächte, die ihn mit einsichtsvoll tragen helfen. Aber dieses Ziel aufs innigste zu wünschen, wird um so mehr Erfolg haben, je weitreichender und wirkfamer der gesetzliche Schutz ist, der den Arbeiterinnen zuteil wird. Was bedeutet er? Nicht mehr und nicht weniger als eine von der Gesellschaft gezogene Schranke gegen die gewissenloseste Auswucherung ihrer Arbeitskraft, gegen die Bedrohung und Vernichtung ihres Menschentums. Gesetzlicher Schutz der Arbeiterin, dessen Angelpunkt die Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden ist, wirkt als eine Ersparnis an Gesundheit und Lebenskraft, steigert die geistige Frische und Energie, das Bildungsbedürfnis, die Freude an Natur, Kunst und Wissen, stärkt den Willen und richtet ihn auf höhere Ziele. Mit einem Wort: er hebt die Arbeiterin an Leib und Seele empor und hilft kräftig mit, das frühere Aschenputtel in eine Gesellschaftsbürgerin zu verwandeln, die kämpfend in das öffentliche Leben tritt. Durch das alles aber, wie durch ein Mehr an freier Zeit wird die erwerbstätige Proletarierin befähigt, besser aufgeklärt und geschult, im Kampfe ihrer Klasse

sich zu betätigen. In ihrem Verband zunächst, bald aber auch nicht minder in der politischen Organisation. Denn gerade der tüchtigen, erfahrenen Gewerkschafterin kommt zum Bewußtsein, daß es nicht genügt, die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft zu zügeln, nein, daß sie radikal beseitigt werden muß. Der Weg, den die Arbeiterin in ihrem Verband betritt, führt in logischer Konsequenz zum roten Banner der Sozialdemokratie. So greifen gesetzlicher Schutz und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ergänzend ineinander, um das weibliche Proletariat tüchtiger im Kampfe für seine volle Befreiung zu machen. Darum: Heran, ihr Sklavinnen des Kapitals in Werkstätten, Fabriken, Kontoren und den Höhlen der Heimarbeit, heran zur Fahne des proletarischen Weltfeiertags! Sie ladet euch zum Kampfe, sie führt euch zum Siege! *Elfriede Gensch.*

Aus der Bewegung.

Außerordentlicher (siebenter) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Die Veranstaltung eines allgemeinen Kongresses aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands war von der Generalkommission der freien Zentralverbände in Aussicht genommen worden. Der Kongress sollte wichtigen Protest erheben gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung, den die Bundesregierungen dem Reichstag vorgelegt haben. Es ist ein sozialpolitisches Pfluschwerk schlimmster Sorte, wie unsere Genossinnen bereits wissen. Neben einigen ganz ungenügenden Verbesserungen und Ergänzungen der geltenden Versicherungsgeetze besagt es sogar bedeutende Verschlechterungen. Am böseartigsten davon ist der Streich, den die Ordnung dem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen versehen will. Und das trotz der Zurückweisung, die das Anfinnen im vorigen Jahre von Arbeitern und Unternehmern erfahren hat. Dieser Stand der Dinge allein schon müßte alle Arbeiter veranlassen, ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung gegen den Wechselbald Stellung zu nehmen. Das um so eiliger, als die Regierung beabsichtigt, den Gesetzentwurf durch schleuniges Durchpeitschen in Sicherheit zu bringen. Dieser Situation gemäß hatte die Generalkommission erst die Christlich-Deutschen und christlichen Gewerkschaften zur Beteiligung an dem Kongress eingeladen. Sie haben diese abgelehnt und ihr unsolidarisches Verhalten, um nicht zu sagen ihren Verrat, an den Interessen des Proletariats damit begründet, daß sie bereits an einer Konferenz der Gesellschaft für soziale Reform teilgenommen hätten, die sich mit der Reichsversicherungsordnung befaßt hat, als ob dieses Techtelmechteln mit einer bürgerlichen Organisation, die nicht einmal in der Theorie, geschweige denn in der Praxis die Interessen der Arbeiterklasse rückhaltlos vertritt, sich irgendwie an Bedeutung mit einer großen Kundgebung des gesamten gewerkschaftlich organisierten Proletariats messen könnte. Jedenfalls hat das sachlich wohl begründete kluge Vorgehen der Generalkommission im Gegensatz zu dem Entschluß der übrigen Gewerkschaften wieder einmal gezeigt, wo die einigenden Kräfte und wo die zersplitterten der Gewerkschaftsaktionen zu suchen sind, wo die besseren Verfechter, wo die Schädlinge der elementarsten Interessen der Arbeiterklasse sitzen.

Die Generalkommission hat nun die geplante Tagung als außerordentlichen Kongress der ihr angegliederten freien Gewerkschaften für den 25. April einberufen. Als Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Reichsversicherungsordnung:
 - a. Krankenversicherung. Referent: Gustav Bauer-Berlin.
 - b. Unfallversicherung:
 1. Gewerbe- und landwirtschaftliche Unfallversicherung. Referent: Rudolf Wissell-Berlin.
 2. Seeunfallversicherung. Referent: Paul Müller-Hamburg.
 - c. Invalidenversicherung. Referent: Johannes Timm-München.
 - d. Hinterbliebenenversicherung. Referent: F. Lesche-Hamburg.

Zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, die Reichsversicherungsordnung betreffend, hat die Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand eine Anzahl Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitersekretäre, Krankenkassenangestellten usw. nach Berlin berufen. Dieser Kommission gehören an: Albert Kohn-Berlin, Mattutat-Stuttgart, Timm-München, Lesche-Altona, Fräßdorf-Dresden, Simanowsky-Berlin, Graef-Frankfurt a. M., Wissell-Berlin, Husemann-Wochum und Zieg-Charlottenburg.

Wir werden auf die Arbeiten der Kommission und des Kongresses noch zurückkommen.

Zur Frage der Frauenkonferenz nahm der sozialdemokratische Verein Düsseldorf in seiner letzten allgemeinen Mitgliederversammlung Stellung. Das einleitende Referat hielt Genossin Milow. Sie warf einen Rückblick auf die Arbeiten der bisherigen Frauenkonferenzen und auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Im besonderen wies sie dann darauf hin, welch großes Arbeitsfeld den Genossinnen durch die Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezahlung gezeigt worden ist, die eine erhebliche Zunahme der Frauenarbeit konstatierte. Denn Hand in Hand mit dieser Ausdehnung der Frauenarbeit gehen naturgemäß die Schäden, die die kapitalistische Ausbeutung zeitigt. Darum wäre es eine der wichtigsten Aufgaben der Frauenkonferenz, anzuregen, daß Material über die schlimmen Begleiterscheinungen der Frauenarbeit gesammelt und verarbeitet werde. Insbesondere ist es dringend notwendig, über Maßregeln zu beraten zum Schutze der Proletarierinnen gegen die schweren Gefahren, die ihr als Mutter im Erwerbsleben drohen. Die in dieser Hinsicht vorliegenden Aufgaben sind so groß, daß sie allein hinreichen, den Anlaß für eine Konferenz der Genossinnen in diesem Jahre zu bieten. Die Rednerin führte weiter aus, daß auch die politische Lage noch heuer eine besondere Frauenkonferenz erfordere, welche nachweislich die Arbeiten der Genossinnen ergänzen und anregen könne. Die Diskussion über das Referat war eine äußerst lebhaft. Mehrere Redner waren der Ansicht, daß den Frauen seitens der Partei keine besonderen Rechte einzuräumen seien, weil es keine spezielle Frauenfrage gebe. Die meisten Genossen und Genossinnen sprachen sich jedoch im Sinne der Referentin aus. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Verten, teilte mit, daß sich der Düsseldorfer Verein bereits mit der Frage beschäftigt habe und folgenden Antrag empfehle: „Der Parteivorstand wird ersucht, in diesem Jahre eine Frauenkonferenz einzuberufen.“ Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. M.

Für die Einberufung einer Frauenkonferenz entschied sich einstimmig auf Anregung der Frauengruppe die Generalversammlung des dritten württembergischen Wahlkreises Heilbronn. Diese beschloß ferner, daß auf dem Lande wie in der Stadt eine intensive Agitation unter den Frauen zu entfalten sei. Ihr Zweck soll sein, die Proletarierinnen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet zu bilden, damit sie befähigt werden, am Kampfe ihrer Klasse teilzunehmen und ihre Kinder zu tüchtigen Sozialdemokraten zu erziehen. Die sozialdemokratische Frauengruppe in Heilbronn ist von dem ernstesten Willen beseelt, die Parteiinteressen zu fördern und der Organisation stets neue Mitglieder zuzuführen. Eine wackere Schar von Genossinnen ergreift jede Gelegenheit dazu. Sie wirkt in öffentlichen Versammlungen und in Mitgliederversammlungen der Partei und der Gewerkschaften. Die Vereinsabende der Frauengruppe werden meist durch Vorträge anregend und bildend gestaltet. Die Geschäfte der Organisation werden selbständig geführt. Dies hat nach Meinung der Genossinnen nicht wenig zum steten Anwachsen der Frauenorganisation beigetragen. Die Zahl der Mitglieder beträgt nunmehr 60. Die Genossinnen werden auch in Zukunft bemüht sein, immer weiteren Kreisen der Proletarierinnen die Erkenntnis zu bringen, daß die wirtschaftliche Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Diese Erkenntnis muß unserer Partei stets neue Kämpfer und Kämpferinnen zuführen. Die Genossinnen bringen der Arbeit der Frauengruppe lebhaftes Interesse entgegen und sind bemüht, sie zu fördern. A. Schw.

Von der Agitation. Die Parteileitungen der Wahlkreise **Vielefeld-Wiedenbrück**, **Schaumburg-Lippe**, **Detmold-Lippe** und **Herford-Halle** veranstalteten gemeinsam eine größere Agitationstour. Allein in Vielefeld fanden für verschiedene Bezirke zwölf Versammlungen statt, außerdem in Nienstädt, Hörkamp, Wehlen, Stadthagen, Dhring, Hausen, Lemgo, Barntrup, Brake, Detmold, Blomberg, Lage, Schötmar, Salzuflen, Rhene, Gehlenbeck, Lübecke, Minden i. W., Spradow, Enger, Hiddenshausen-Silshausen, Bündel-Feldmark, Bündel-Emigloh, Kirchlengern, St. Quernheim, Golsen, Röhthinghausen und Spenge. Die Unterzeichnete behandelte abwechselungsweise die Thematika: „Die indirekten Steuern, ihre Einwirkung auf die Arbeiterfamilien und die Stellung unserer Frauen dazu“, ferner „Die Frau als Arbeiterin, Steuerzahlerin, Mutter und Staatsbürgerin“ und die „Tabakarbeiter und -arbeiterinnen im Kampfe ums Dasein und die indirekten Steuern“. Die Versammlungen waren alle gut besucht, und überall fanden die Ausführungen der Referentin lebhaftes Zustimmung. Oft reichten Säle, Dielen und Nebenräume nicht aus, alle die Massen aufzunehmen. Es mußten Fenster geöffnet und Türen ausgehoben werden, um es der draußen harrenden Menge

zu ermöglichen, das Referat zu hören. In Gehlenbeck, einem ländlichen Orte, wo fast ausschließlich die Tabakindustrie vertreten ist, gerieten die bürgerlichen Kreise und die Polizei in große Erregung, weil es einer Frau eingefallen war, in öffentlicher Versammlung über ein politisches Thema zu reden, und weil sie dazu noch 450 Männer und Frauen als Zuhörer gefunden hatte. Als die Rednerin nach ihrem Referat mit den anwesenden Frauen und Mädchen sprechen und Probenummern der „Gleichheit“ unter sie verteilen wollte, herrschte der Beamte sie an: „Was haben Sie da, Madame, hier wird nichts verkauft!“ Auf die Entgegnung, sie verkaufe ja nichts, sondern verschenke nur Probenummern einer Frauenzeitung, sagte er: „Auch das dürfen Sie nicht, Madame, das ist gesetzlich verboten.“ Um allen weiteren Schikanen zu entgehen, forderte die Unterzeichnete die Frauen auf, sich die Zeitung selbst vom Bureau zu holen. Jetzt stärzten sich Frauen und Mädchen wie ein Bienenschwarm zum Tische, um ein Exemplar der „Gleichheit“ zu erobern, und die gestrenge Polizei hatte das Nachsehen. Der Beamte verlangte sodann Namen und Adresse der Referentin, die ihm unter allgemeiner Heiterkeit gegeben wurden. Empört über dieses Vorgehen der Polizei, forderte die Versammlung, daß dagegen Beschwerde erhoben werde. In Bünde, wo die Unterzeichnete in einer von 700 Personen besuchten Versammlung im Freien über die Wahlrechtsvorlage referierte, kam es ebenfalls zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Als nämlich die Teilnehmer an der Versammlung nach dem Referat einen Spaziergang durch die Stadt machten, wurden sie von Gendarmen auseinandergepresst. Dabei forderte die Gendarmerie zwei berittene Knechte des benachbarten königlichen Gestüts auf, die Massen auseinanderzudrängen. Als der eine dieser Aufforderung nicht Folge leistete, wurde er vom Pferde gerissen und geschloffen abgeführt. Die Polizei glaubt allem Anschein nach, ein königlicher Pferdeknecht sei verpflichtet, sich ebensowohl als Büttel verwenden zu lassen. In Spenge wurde eine Versammlung dadurch vereitelt, daß die Polizei den Wirt, der sein Lokal schon zur Verfügung gestellt hatte, zur Zurücknahme seines Wortes überredete — wenn man in einem solchen Falle von Überredung sprechen will. Auf ähnliche Weise wurde die Abhaltung einer Versammlung in Röhthinghausen hintertrieben. Die Entscheidung des Wirtes wurde uns von der Behörde unter amtlichen Siegel mitgeteilt und ist bereits in Händen unseres Genossen, des Reichstagsabgeordneten Severing, der bei nächster Gelegenheit die Sache im Parlament zur Sprache bringen wird. Das Reichsvereinsgesetz gibt uns so wenig Bewegungsfreiheit, daß wir das Wenige, was wir besitzen, ängstlich wahren müssen. Im übrigen wird uns die Polizei durch ihre Schikanen nur in die Hände arbeiten, und wir sind ihr zu großem Dank verpflichtet, daß sie uns die Mühe der Agitation gegen die preussische Klassenherrschaft und ihr Polizeiregiment mit so viel Liebeshwürdigkeit erleichtert. Vor allem aber tragen die neuen Steuern zur Aufklärung der Massen bei, speziell die Tabaksteuer trifft die hiesige Bevölkerung, auf deren Lage wir noch zurückkommen werden, besonders hart. Überall herrscht wenn nicht Arbeitslosigkeit, so doch Unsicherheit des Verdienstes. Dagegen helfen auch alle Sprüche der Christlich-Sozialen nichts, die gehofft hatten, in Silshausen-Hiddenshausen, Spradow und St. Quernheim Anhang zu gewinnen. Alles strömte in unsere Versammlungen, die alle einen glänzenden Verlauf nahmen. In Vielefeld und Herford schlossen sich an die politischen Versammlungen noch zwei gewerkschaftliche an, die der Verband der Bäcker und Konditoren einberufen hatte. In ganz Westfalen erfaßt die Bewegung immer größere Kreise der Bevölkerung, gefördert durch unsere Agitation, der die staatszerhaltenden Mächte in den elenden sozialen und politischen Zuständen stets neue Waffen in die Hand geben. Marie Wackwih.

In **Nürnberg** sprach Genossin Grünberg in vier Versammlungen der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten des Handelsgewerbes über das „Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten“. Sie legte dar, daß in manchen Ländern, in Frankreich, Österreich und Belgien, die Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten besitzen. Auch in zwei deutschen Städten, in Frankfurt a. M. und Leipzig, waren die Frauen bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten früher stimmberechtigt. Dieses Recht wurde ihnen jedoch durch das Reichsgesetz über die Gewerbegerichte vom Jahre 1890 entzogen. Viel weniger noch als an das aktive Wahlrecht dachten selbstverständlich die Gesetzgeber daran, den Frauen das Recht zu verleihen, als Beisitzerinnen in die Gerichte gewählt zu werden. Nur als Sachverständige sind sie zugelassen. In Nürnberg allein sind 25000 Industriearbeiterinnen und 9000 Handlungsgehilfinnen ohne Wahlrecht und ohne weibliche Vertretung. Welch große Nachteile den Arbeiterinnen daraus erwachsen, dürfen wir als bekannt voraussetzen. Es ist eine Schmach

für einen Kulturstaat, Millionen von Arbeiterinnen alle Rechte vorzuenthalten, und das gar in einem Falle, wo es sich um die Vertretung ihrer ureigensten Interessen handelt. Die Versammlung faßte eine Resolution, die den Ausführungen der Referentin entsprach. Sie fordert die vollständige Gleichstellung der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten mit ihren männlichen Berufsgenossen. Wir haben diese Resolution schon früher im Wortlaut mitgeteilt. ++

Im Auftrag der Parteileitung für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. und Hessen-Massan sprach die Unterzeichnete in zwölf Versammlungen. Die Tour begann im Siegerlande, dem Wirkungskreis des seligen Stöcker. Dort steht das Seltenwesen wie nirgends in Blüte. Langsam, ganz langsam nur zieht die Erkenntnis ein. Die alles umwälzende kapitalistische Produktionsweise räumt auch dort mit dem Althergebrachten auf. Wo die Fabrikschlote zu rauchen beginnen, da wird das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Geselle allmählich aufgelöst und der Interessengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten tritt stärker hervor. Ein übriges tut die auf Auspönerung der Massen abzielende Reichssteuerpolitik. Da ist es denn kein Wunder, daß auch im Siegerlande die Köpfe und Herzen für den Sozialismus gewonnen werden. Die Versammlungen in Siegen, Gelshausen, Fernsdorf und Belenburg waren Beweise dafür. Die Tagesordnung lautete: „Mehr Volksrechte statt mehr Steuern!“ In Siegen wurde die Veranstaltung zu einem Protest gegen die preussische Dreiklassen-schmach. In den Dörfern Krossdorf und Ringenbach war die Versammlung auch von den Frauen gut besucht. Diese arbeiten hier vielfach in Zigarrenfabriken. Der Versammlung in Wehlar wohnten 450 Personen aus allen Bevölkerungsschichten bei. Aber hundert mögen umgekehrt sein, weil sie der Saal nicht faßte. Auf der Tagesordnung stand: „Kochtopf und Politik“. Mit äußerster Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem Vortrag und spendeten zum Schluß reichen Beifall. Zur Agitation wurde die Bebelnummer der „Gleichheit“ verteilt. In Siegen, Dogheim, Frauenstadt und Bierstadt wurde das Thema behandelt: „Die Frau im politischen Leben“. Auch hier war der Besuch sehr zahlreich. Überall wurden neue Mitglieder für die Partei und Leserinnen für die „Gleichheit“ gewonnen. In Wiesbaden sprach die Unterzeichnete noch in einer Versammlung von Kapselarbeiterinnen und in einer Schneiderinnenversammlung, die den in Betracht kommenden Verbänden Neuaufnahmen brachten. Linchen Baumann.

In Stettin fand am 17. März eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Genossinnen gegen die Schmach der Wahlrechtsvorlage und der Junkerherrschaft Protest erhoben. Genossin Waader hatte das Referat übernommen. Ihre treffenden Ausführungen wurden mehrmals von lebhaftem Beifall unterbrochen. Die Rednerin schilderte äußerst lebendig die Zustände im deutschen, speziell im preussischen Klassenstaat, wo die bestehenden Schichten miteinander wetteifern, das Volk auszubeuten, und bestrebt sind, es politisch möglichst rechtslos zu erhalten, um es bequemer beherrschen zu können. Sie zeigte, wie die Junkerfamilie und ihre Helfershelfer, das Zentrum, die Regierung für ihre Ausbeutungsgelüste gebrauchen. Gerät dadurch Thron und Altar ins Wanken, so kümmert das die Herren wenig; wir aber können uns nur freuen, daß sie uns dergestalt in die Hände arbeiten. Die Rednerin schilderte, wie die ihr Recht fordernden Massen durch die Stützen der Gesellschaft, die sie selbst unterhalten, durch Polizei und Staatsanwaltschaft niedergedrückt werden sollen. Darum müssen Proletarier und Proletarierinnen Seite an Seite kämpfen für ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht. Vor dem Ansturm des vereinigten Proletariats werden die Schranken fallen, die die reaktionären Mächte zum Schutze der Dreiklassenschmach ausgerichtet haben. Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen der Rednerin. Als praktisches Resultat der Versammlung ist der Beitritt von 28 Proletarierinnen zum Wahlverein zu verzeichnen. Die Zahl seiner weiblichen Mitglieder beträgt nunmehr 210. Die Stettiner Genossinnen werden nicht rasten und ruhen in ihrer Arbeit, auch die Frauen des werktätigen Volkes um die Fahne der sozialdemokratischen Partei zu scharen.

Frauen bei den Wahlrechtsdemonstrationen. Eine bedeutsame Erscheinung zeigten die großen Tage unserer Straßendemonstrationen für das Wahlrecht. Man sah viele Frauen dabei. Das ist natürlich verhältnismäßig zu nehmen. Es gibt viele Genossinnen, die sonst tapfer mit an der Front stehen und brennend gern bei unseren Demonstrationen dabei gewesen wären, und die doch zu Hause bleiben mußten. Das sind die vielen, die kleine Kinder haben und keinen, der ihnen die Wartung auf einige Stunden abnimmt. Bei Abendversammlungen lassen sie wohl die Kleinen schlafend im Bettchen und gehen fort, mit Angst im Herzen — im Konflikt der beiden starken Antriebe: Mutterpflicht und Pflicht der Klassenbewußten

Proletarierin. Aber was bei Abendversammlungen zur Not geht, das ist am Sonntagmittag unmöglich. Wie viele Frauen auch gibt es, die Sonntags viel mehr zu tun haben als wochentags. Frauen, die dem Verdienst nachgehen und Sonntags notdürftig ihr Hauswesen instand bringen müssen. Daß der Mann und vielleicht erwachsene Kinder dann zu Hause bleiben, bedeutet in den meisten Fällen keine Erleichterung der Arbeitslast. Es ist auch für den proletarischen Haushalt nicht möglich, daß alle Glieder an einem Sonntag in das Restaurant zum Essen gehen. Also heißt es für die Hausmutter: Mittaglochen. Das sind Kleinliche und scheinbar unbedeutende Tatsachen, und doch sind sie geeignet, viele Frauen von der Teilnahme an einer Demonstration abzuhalten. Denn gar manche können das Haupt nicht erheben über die täglichen drängenden Erfordernisse ihrer unaufhörlichen Arbeit. Gar viele haben nicht die Kraft, ihre quälenden täglichen Pflichten einmal für das weniger Wichtige und den Kampf draußen für das Bedeutungsvollere anzusehen. Und diese Hunderttausende gedrückter Sklavinnen der Arbeit, das sind vielfach die Frauen unserer Parteigenossen.

Viele proletarische Frauen haben es noch nicht begriffen, wieviel auf dem Spiele steht, wieviel geopfert werden muß an Gut und Blut. An Gut und Blut! Das ist keine Phrase bei unserem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht.

Aber Hunderttausende dieser Proletarierinnen haben es instinktiv empfunden, daß es um große Dinge geht. Darum haben sie ihre Männer und Söhne nicht zurückgehalten, auf die Straße zu gehen und sich entblöhten Schuhmannsklingen und stampfenden Pferdehufen entgegenzustellen. Passiv waren sie dabei, die Massen der scheinbar stumpfen, der noch niedergedrückten Frauen. Und dieses Heer Schlafender beginnt zu erwachen. Das Auserste an Entrechtung und Ausplünderung, das dem Proletariat mit frechem Hohn geboten wurde, bringt sie dazu, sich aufzubäumen. Ohne die Sympathie jener vielen unbewußten und ungelannten Proletarierinnen wäre die Wucht unserer Demonstrationen nicht möglich gewesen. Das dürfen wir nicht außer acht lassen.

Viele proletarische Frauen aber waren auch aktiv bei den Kundgebungen. Es sah sich fast idyllisch an, als bei unserem humorvollen Spaziergang im Berliner Tiergarten Mann und Frau Arm in Arm dahinschritten. Die hellen, bunten Kleider der Frauen, die aus den Alleen leuchteten, die hohen Stimmen beim Gesang der Arbeitermarzellaise: wie hübsch, wie fröhlich machte sich das alles. Bürgerliche Blätter schrieben am anderen Tage, daß die Anwesenheit der vielen Frauen dem Heer der Demonstranten einen fast heiteren Zug verliehen hätte. Das war keine Notte wüster Gesellen mit dem Willen zu bösen Gewalttätigkeiten — mit dem Ludergeruch der Revolution! Das waren „respektable“ Bürger und Bürgerinnen, die ruhig und ernst ihr Recht forderten.

Die Tatsache aber, daß so viele Frauen an der Demonstration teilgenommen haben, ist im Grunde weniger friedlich. Wir zeigten schon, daß es für Frauen erheblich schwieriger ist als für Männer, sich am Sonntag frei zu machen und an einer Aktion in der Straße teilzunehmen. Und dann war es gefährlich, dabei zu sein. Niemand konnte wissen, ob er nicht zum Krüppel geschlagen werde. Trotz der Gefahr jedoch oder sogar gerade deswegen sind die Genossinnen mitgegangen! Das schwache Geschlecht ist kein furchtsames Geschlecht, wenn Großes auf dem Spiele steht. Noch stets und überall in der Geschichte, wo die Not des Volkes unerträglich geworden, wo das Maß der Herrschenden voll war, traten die Frauen auf den Plan — oft genug mutiger, kampfschlossener wie die Männer. Die Frauen sind immer das erste und das letzte Aufgebot gewesen. Und sie haben stets gekämpft mit der verzweifeltsten Entschlossenheit derer, die keinen anderen Ausweg sehen. Das Hervortreten der Frauen ist auch jetzt ein Sturmzeichen. Ist eine Kunde davon, wie tief die Erbitterung geht, wie allgemein die Empörung ist gegen die schamlose Entrechtung der breiten Massen. Es ist aber auch ein Zeichen für die politische Reife der erwachten Proletarierin. Die Frau, der wie dem Mann vom Vampir Kapitalismus das Lebensblut ausgesaugt wird, die die Schmach der Rechtslosigkeit mindestens ebenso drückt wie ihn, die beginnt auch einzusehen, daß ihr Platz im Kampfe um Freiheit nur an der Seite ihres Geschlechtes in Drangsal und Not sein kann. Diese Frauen beteiligten sich an den Demonstrationen, weil sie wissen, daß es für den proletarischen Kampf zunächst gilt, „das Recht auf die Straße“ zu erobern. Eine Position war zu nehmen, die Frauen marschierten in gleichem Schritt und Tritt, von Kampfmuth und Zielklarheit befeelt. Das konnte jeder erwarten, der die proletarische Frauenbewegung kennt, und doch steht es uns an, uns darüber zu freuen, daß das Erwartete eingetroffen ist. Auch fortan muß es für uns Frauen gelten: Keine Aktion der Partei mehr ohne die Frauen. Der Kampf der Sozialdemokratie ist der Weg zu unserer Freiheit! **Ketty Guttmann.**

Politische Rundschau.

Einen Vorpostensieg hat die Sozialdemokratie im Wahlrechtskampf erfochten — einen Außenposten der feindlichen Stellung hat sie eingenommen. Ihre ständigen Angriffe haben einen Teil der feindlichen Truppe müde gemacht und zum Rückzug gebracht. Am 10. April sah Preußen eine Demonstration, die alle ihre Vorläuferinnen an Größe und Gewalt weit hinter sich ließ, eine Kundgebung, die selbst den verbissensten Feinden der Arbeiterschaft widerwilligen Respekt abgenötigt hat.

In der Hauptstadt, in Berlin wurde das entscheidende Treffen geschlagen. Eine Viertelmillion Menschen demonstrierte hier. Aber an dieser Riesenkundgebung war nicht nur die Größe, die Zahl und die aus freiem Entschluß freier Männer und Frauen fließende Disziplin und Ordnung das Imponierende — die große Bedeutung lag vor allem in der Tatsache, daß diese Manifestation ein Sieg des Proletariats über preußische Polizeivillkür war. Der Polizeipräsident v. Jagow, der sich am 6. März vermaß, den Wahlrechtsspaziergang der Sozialdemokraten zu verhindern, hatte an der Riesenslamme dieses Tages genug. Die tapfere Gegenwehr des Proletariats hat ihn zu sinnemäßer Auslegung des Vereinsgesetzes gebracht — mit stürmender Hand hat sich die Berliner Arbeiterschaft das angeblich durch das Vereinsgesetz garantierte, durch die Polizeipraxis aber vorenthaltene Recht auf Versammlungen unter freiem Himmel erobert. Ein Erfolg, dessen ganze Größe sich an der Wut der reaktionären Presse über die „unbegreifliche Schwenkung“ des Polizeipräsidenten beziehungsweise der Regierung, über ihre „Unsicherheit“ und „Schwäche“ abmessen läßt. Ein Erfolg, der noch mächtig gesteigert wurde durch die vorbildliche Weise, wie die Massen der fast zweimal Hunderttausend, die im Treptower Park versammelt waren, Ordnung und Verkehr aus eigenem Willen und Vermögen, ohne jegliches Polizeikommando zu sichern wußten.

In den Provinzen gab es nicht minder bedeutende Demonstrationen. Und auch hier zeigte sich, daß die Polizeigewalten durch den energischen Kampf der Sozialdemokratie müde und schwankend geworden sind. Mehrere Verbote wurden noch im letzten Moment wieder zurückgenommen — an anderen Orten wurden sie aufrechterhalten —, es fehlt offenbar in der Zentralinstanz an dem festen, leitenden Willen — der Wahlrechtskampf hat schon ein Stück Desorganisation der Staatsgewalt vollbracht.

Freilich nur ein kleiner Vorpostensieg ist erfochten. Das Groß der Feinde, die Junker und Zentrumsmitglieder im Dreiklassenparlament stehen noch prozig in ihrer festen Stellung und sperren sich trotzig gegen jedes Zugeständnis an die Forderungen des Proletariats. Ja, sie scheuen nicht neuen Hohn und freche Herausforderung. Am 12. April haben sie in kurzer Sitzung die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage erledigt, ihr Schandwerk auf neue bestätigt. Die Junker halten fest mit dem Zentrum zusammen, und die Nationalliberalen warteten daher vergebens auf die Gewährung einer weiteren Verschlechterung der Vorlage durch die Beseitigung der Urwahlbezirksdrittteilung, die das Zentrum im eigenen Interesse erhalten muß. So bot die Verhandlung, soweit sie die Sache betraf, keine Überraschung. Die Schnapsblockparteien aber waren mit dem bloßen Einbringen ihrer Beute nicht zufrieden — sie mußten noch frechen Hohn für die Entrechteten hinzufügen. Sie schnitten in der Spezialberatung der Sozialdemokratie durch ein feiges, geschäftsordnungswidriges Verfahren bei jedem Paragraphen das Wort ab. Unsere Genossen erzwangen sich aber durch geschickte Ausnutzung der Geschäftsordnung die Möglichkeit, das Verfahren der Mehrheit vor dem Lande in der schärfsten Weise zu brandmarken, und sie erreichten, daß außer den Fortschrittleren auch die Nationalliberalen sich gegen die Gemeinschaft mit den Vergewaltigungspraktiken des Schnapsblocks verwahrten. Das hindert indes die Junker nicht, eine Verschärfung der Geschäftsordnung des Dreiklassenlandtags zu betreiben, die dem Präsidenten das Recht geben soll, renitente Abgeordnete bis zu sechs Sitzungen von den Verhandlungen auszuschließen. Um diesem kommenden neuen Gewaltakt so etwas wie eine Art Rechtfertigung zu geben, provozierte der Präsident des Abgeordnetenhauses, der Junker v. Kröcher, die sozialdemokratische Fraktion in der Sitzung vom 15. April in der unverschämtesten Weise, um nachher über mangelnde Disziplinarmittel gegen die Schänder der „Würde des Hauses“ jammern zu können. Jordan v. Kröcher hatte nämlich den guten Geschmack, zum zweitenmal den Zwangseid, den die Abgeordneten nach der Verfassung dem König schwören müssen, zum Vorwand zu nehmen, um einen sozialdemokratischen Abgeordneten, diesmal den Genossen Ströbel, als königstreuen Mann zu bezeichnen. Genosse Ströbel quittierte das gebührenderweise mit der Bemerkung, daß der Präsident diesen „Witz“ schon einmal gemacht habe, wor-

über die Junker fast in Entrüstungskrämpfe verfallen wollten. In der folgenden Sitzung dachten die Junker dann noch wegen dieses Vorfalls eine besonders wirkungsvolle Entrüstungskomödie zu mimen, setzten sich aber dabei arg in die Messeln, da sie den sozialdemokratischen Sprechern Ströbel, Hoffmann — der seit dem 12. April als Nachfolger des wegen Gesundheitsrückichten zurückgetretenen Genossen Heimann wieder in das Haus eingetreten ist — und Borgmann lediglich die Gelegenheit gaben, die Heuchelei dieser Klagen über die verlebte „Würde des Hauses“ an den frechen Schimpfworten zu zeigen, die die Herren Konservativen sich gegen die ihnen unbequemen Vertreter des Proletariats erlauben. Indes wird das die Junker wahrscheinlich nicht hindern, die Verböserung der Geschäftsordnung vorzunehmen, und anscheinend werden ihnen dabei auch die Nationalliberalen keine Hindernisse bereiten, da sie sogleich den Anschluß an die Entrüstungskomödie fanden. Der Freisinn schwieg, indes fiel ein Teil seiner Presse der sozialdemokratischen Fraktion in ordinärer Weise in den Rücken. So wird denn wahrscheinlich die neue Maulkorbvorlage Gesetz des Dreiklassenhauses werden.

Inzwischen ist die Wahlrechtsvorlage aus Haus der geborenen Gesetzgeber, aus Herrenhaus gelangt. Dieses Perrückenkabinett erledigte die erste Lesung an einem Tage. Die feudalen Herren sind eigentlich der Ansicht, daß keine Änderung des Dreiklassenwahlrechts nötig ist, aber da der König sie einmal versprochen hat, so wollen sie schließlich nicht dagegen sein und in der Mehrheit sind sie auch bereit, das geheime Wahlrecht zu schlucken, das ja ohnehin in der Verbindung mit der indirekten Wahl nicht viel zu bedeuten hat. Den Herren ist offenbar aufgedämmert, daß sie einige Konzessionen machen müssen — die Volksbewegung ist ihnen offenbar sehr unbequem und bedenklich. Das klang auch aus der Rede des Ministerpräsidenten heraus, der um Annahme der wesentlichsten Bestimmungen der Schnapsblockvorlage bat, damit etwas zustande komme, denn sonst würden die Schwierigkeiten für die bürgerlichen Parteien noch größer werden. Herr v. Bethmann Hollweg wünschte lediglich, daß das Werk des schwarzen Blocks auch den Nationalliberalen mundgerecht gemacht werde durch Ausbau der Bestimmung über die Bevorrechtung der „Gebildeten“ und vornehmlich durch eine Verschlechterung der Steuerdrittteilung — also durch Einfügung von Bestimmungen, die das Wahlrecht für die Arbeiterschaft erheblich verschlechtern würden. Da mehrere Redner ihm darin beitraten und da keiner der katolischen Magnaten für die Zentrumsinteressen das Wort ergriff, so ist also mit einer Änderung der Vorlage im nationalliberalen Sinne zu rechnen.

Ob das Zentrum sich mit solcher Änderung, die auch gegen seine Interessen ist, abfinden würde, ist noch nicht zu erkennen. Einige Anzeichen, daß es schließlich um der Koalition mit den Konservativen willen noch mehr für die Reaktion tun würde, als es schon getan, daß es am Ende sogar ein Stück seines eigenen Besitzes für das höhere Ziel, Regierungspartei zu sein, opfern würde, liegen allerdings schon vor. Jedenfalls tut das Zentrum zurzeit alles, um den Konservativen gefällig zu sein. Im Vorjahr, ehe der liberal-konservative Block in Scherben ging und das Zentrum noch in der Opposition stand, kurz nach dem Novembersturm gegen den Absolutismus, trat es für eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags ein, die es ermöglichen soll, an die Interpellationen Beschlüsse zu fügen, welche die Meinung der Mehrheit zur Sache ausdrücken. Jetzt hat sich die Situation geändert, und in der Geschäftsordnungskommission des Reichstags sucht das Zentrum nun durch schlaue Winkelzüge zu verhindern, daß etwas Brauchbares zustande kommt, weil das weder den Konservativen noch der Regierung paßt. So beantragt jetzt das Zentrum, daß der Beschluß nur ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für den Reichskanzler sein dürfe, daß diese Bestimmung aber erst nach dem Erlass eines Reichskanzlerverantwortlichkeitsgesetzes in Kraft treten solle, das heißt erst wenn die verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, also vorerst und für absehbare Zeit überhaupt nicht! Das ist die Zentrumsattitüde, wie sie lebt und lebt — den Wählern wird Sand in die Augen gestreut, indem man ihnen beweist, daß man die demokratische Forderung, die man 1909 vertrat, nicht aufgegeben hat — zugleich sorgt man aber durch eine raffinierte Klausel dafür, daß nichts zustande kommt. Es ist dasselbe verlogene Verfahren wie bei der preussischen Wahlrechtsvorlage — eine Taktik, deren Niederträchtigkeit den betrogenen Massen darzulegen eine der Hauptaufgaben unserer Agitation sein muß.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der diesjährige Maitag des Massenbewussten Proletariats findet die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Kämpfen, die vielfach auch der Verkürzung der Arbeitszeit gelten. Der Kampf im

Baugewerbe geht nicht zuletzt auch um die Herabsetzung des Arbeitstags. Die Bauherren wollen keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden täglich zulassen. Die Unternehmer überhaupt setzen den Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden den hartnäckigsten Widerstand entgegen. In allen Gewerben beantworten sie dieselbe mit einem starren Nein. Ihre Haltung verrät nicht nur tiefsten Unverstand angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Folgen für die Proletarierin wie für die Industrie selbst, sondern auch vor allem den Prozenhochmut der Kapitalisten. Sie wollen kein Jota ihrer Herrenmacht zur Ausbeutung preisgeben. Tatsachen über Tatsachen haben längst erwiesen, wie grundlos und unsinnig das große Scheul ist, die Industrie werde bei einer Arbeitszeit unter 10 Stunden ihrem Ruin entgegengeführt. Das Umgekehrte trifft zu. Die guten Erfolge, die einzelne Betriebe und Gewerbe mit der Einführung des Achtstundentags gemacht haben, straft alle kapitalistischen Prophezeiungen vom Weltuntergang Lügen. Die Verkürzung der Arbeitszeit erweist sich überall als ein Hebel des industriellen Fortschritts, als ein Mittel, die Leistungen der Arbeiter zu erhöhen. Die letzte große wirtschaftliche Krise mit ihrem Riesenhäer Arbeitsloser, mit ihrer industriellen Reservearmee hat helles Licht darauf geworfen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bitter not tut. Aber sogar in den Zeiten guten Geschäftsganges ist dank der technischen Fortschritte und der zunehmenden Proletarisierung der Bevölkerung die Zahl der Arbeitslosen noch übergroß genug, um die Forderung ausreichend zu rechtfertigen. Die dem Staate und den Kommunen zukommende Verpflichtung, für die arbeitslosen Opfer der kapitalistischen Produktion zu sorgen, bleibt jetzt den Gewerkschaften überlassen. Diese müssen dafür große Beträge aufwenden, die sie viel lieber für den Kampf um höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verausgaben würden. Von all den anderen Tatsachen, welche die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit im Interesse der Ausgebeuteten nötig machen, zu schweigen. Daher stockt auch der Kampf der Gewerkschaften für die Herabminderung der Arbeitszeit nicht. Mühsam, Stunde um Stunde suchen sie die Zeit der Ausbeutung herabzusetzen.

Im kürzlich erfolgten Tarifabschluß der Holzarbeiter sind wieder recht respectable Erfolge in dieser Beziehung errungen worden. In zwei Städten wurde zum Beispiel eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche für 1900 Arbeiter durchgeführt, in 8 Städten um 2 Stunden für 2120 Arbeiter und in 20 Städten um 1 Stunde für 10970 Arbeiter. Die Gewerkschaften sind gezwungen, viel Mühe, Geld und Zeit aufzuwenden, um einer Forderung Geltung zu verschaffen, die im Interesse der Volksgesundheit längst von einsichtigen Hygienikern und Sozialpolitikern vertreten wird, und deren Erfüllung die Aufgabe der Gesetzgeber sein müßte. Auf deren große soziale Tat müssen die Proletarier wahrscheinlich noch lange warten. Bei der zwanzigsten Wiederkehr der Maifeier in diesem Jahre werden daher die Gewerkschaften erneut geloben, nicht zu ruhen, bis der Achtstundentag erkämpft ist!

Die Holzarbeiter haben bei ihrem Tarifabschluß außer der Arbeitszeitverkürzung auch nennenswerte Lohnerhöhungen errungen. In 2 Orten wurden für 400 Arbeiter 8 Pf. Stundenlohnerhöhung erreicht, in 5 Orten für 16 000 Arbeiter 8 1/2 Pf., in 19 Orten für 13 740 Arbeiter 4 Pf., in 16 Orten für 5170 Arbeiter 5 Pf. und in 2 Orten für 1250 Arbeiter 6 Pf. In einer ganzen Anzahl kleinerer Orte, die von dem Tarifvertrag nicht erfaßt wurden, werden Lohnbewegungen mit durchgängig gutem Erfolg geführt.

Der Färberstreik im Wuppertal konnte nach zwei-monatiger Dauer mit Erfolg beendet werden. Die Löhne wurden um 1 M., das heißt auf 25 M. pro Woche erhöht, die Arbeitszeit auf 58 Stunden festgelegt, was ihrer Verkürzung um ein bis zwei Stunden für die einzelnen Betriebe gleichkommt. Die Unternehmer anerkannten die Organisation.

Der Ausgang einer gewerblichen Massenklage ist von größerem Interesse. 310 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wolfram-Lampen-Aktiengesellschaft in Vechhausen hatten auf Zahlung einer Entschädigung in der Gesamthöhe von 6210 M. geklagt. Die Firma hatte infolge eines partiellen Streiks in einer Abteilung des Betriebs ganz willkürlich und ohne Rücksprache mit den beteiligten Arbeiterinnen die Arbeitszeit gekürzt. Das Gericht sprach den Klageführenden die Forderung zu. Einen gleichen Denzettel erhielt die Maschinenfabrik zu Augsburg, die wegen der Prolegierung der Gelben satfam bekannt ist. Sie hatte einen Techniker gemahregelt, weil er dem Verband der technisch-industriellen Beamten angehört, und mußte ihm 1000 M. Gehalt wegen unberechtigter Entlassung zahlen.

Der Fabrikarbeiterverband hat einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. Er umschließt nun 150 000 Mitglieder!

Die ersten beiden Monate dieses Jahres brachten ihm rund 5000 Neuorganisierte, der Monat März allein so viel. Außer dem „Proletarier“, der in einer Auflage von 150 000 Exemplaren erscheint, werden noch an 7000 Mitglieder die „Gleichheit“ und das polnische und italienische Fachblatt abgegeben. Dem Verband steht ein weites Rekrutierungsgebiet offen. In Ziegeleien, Zement-, Gips- und Kalksteinsfabriken, in Papierfabriken und in der chemischen Industrie sind annähernd 600 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Mögen unsere Leserinnen mit ganzer Kraft dazu beitragen, daß das Evangelium der Organisation und des Sozialismus zu den vielen Zehntausenden dringt, die dem Verband noch fernstehen. Gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen, an die er sich wendet, bedürfen infolge ihrer traurigen Arbeitsbedingungen der gewerkschaftlichen Organisation dringend.

Die Generalkommission berichtet über ihre Tätigkeit im Jahre 1909 und das Zentralarbeitersekretariat desgleichen. Wir entnehmen dem Bericht, daß die Organisation der Hausangestellten, daß sich besonders auch die der Landarbeiter gut entwickelt. Eine rege Tätigkeit hat die gewerkschaftliche Zentrale angesichts der vorliegenden sozialpolitischen Gesekentwürfe entfaltet; sie hat rührig und mit bestem Erfolg an der Festlegung und dem Ausbau der internationalen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften aller Länder gearbeitet, die Tätigkeit in der Jugendzentrale unterstützt usw. Unter den Einnahmen verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß rund 1 800 000 M. für den Großstreik in Schweden gesammelt wurden, eine Summe, wie sie in Deutschland seit der Bergarbeiterbewegung vom Jahre 1903 nicht wieder von den gewerkschaftlich Organisierten zusammengebracht worden ist. Das Arbeiterinnensekretariat hat erfreulicherweise eine größere Inanspruchnahme zu melden. Es förderte — von anderen Arbeiten abgesehen — eine große Agitation in ganz Deutschland, die dem Wahlsrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten galt. Zu diesem Zwecke wurde ein besonderes Flugblatt in 200 000 Exemplaren versandt. Drei weitere Flugblätter dienten der gewerkschaftlichen Agitation im allgemeinen und stehen den Kartellen unentgeltlich zur Verfügung. Wir werden auf den Bericht noch zurückkommen, der kräftiges gewerkschaftliches Leben widerpiegelt. #

Tarifabschluß in der Braunschweiger Konservenindustrie. Für die Arbeiterschaft der Braunschweiger Konservenindustrie — zirka 6000 Arbeiterinnen und einige hundert Arbeiter — wurde im Jahre 1906 zwischen dem „Verein der Konservenfabrikanten“ und dem „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“ ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen. Dank ihm wurden die geradezu ungläublich schlechten Arbeitsbedingungen in der Konservenindustrie erheblich gebessert und vor allem bis zu einem gewissen Grade einheitlich geregelt. Zum 1. Januar d. J. hatten die Arbeiter den Vertrag gekündigt. Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen haben nunmehr zum Abschluß eines neuen Vertrags geführt, der den Arbeiterinnen eine weitere, nicht unerhebliche Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses bringt. Neben einer Erhöhung der wichtigsten Akkordsätze sichert der Vertrag eine Erhöhung der Stundenlöhne von 16 auf 18 Pf. pro Stunde für Anfängerinnen und von 20 auf 22 Pf. für geübte Arbeiterinnen. Jugendliche Arbeiterinnen (unter 16 Jahren) erhielten bisher 15 Pf. pro Stunde, nach dem neuen Vertrag erhalten sie 16 Pf. als Anfangslohn (für die ersten 14 Tage) und 20 Pf., sobald sie eingelebt sind. Der Vertrag enthält auch eine Anzahl Bestimmungen, die eine Ergänzung und Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterschutzes zum Zwecke haben. So wird vertraglich festgelegt, daß weibliche Arbeitskräfte nicht verwendet werden dürfen zum Tragen schwerer Lasten, sowie zu anderen bestimmten Arbeiten, die im Vertrag näher bezeichnet sind. Es muß ferner für ausreichende Sitzgelegenheit und für Beschaffung genügender Umkleide- und Speiseräume, Waschgefäße und Handtücher gesorgt werden. Eine Bundesratsverordnung hat die Konservenindustrie zum großen Teil davon entbunden, die Vorschriften der neuen Gewerbeordnungsnovelle über die Beschäftigung von Arbeiterinnen innehalten zu müssen. Der Vertrag sieht daher vor, daß verheiratete Arbeiterinnen wenigstens in der stillen Zeit (vom 1. November bis 1. Mai) Sonnabends um 4 Uhr Feierabend haben. Er bestimmt auch, daß der Lohn Donnerstags und während der Arbeitszeit ausbezahlt werden muß; dadurch soll den Arbeiterinnen ermöglicht werden, ihre Einkäufe am Freitag und Sonnabend zu erledigen. Wichtig sind folgende Bestimmungen für die beschäftigten Heimarbeiterinnen (zirka 3000 in der Umgegend): „An die Heimarbeiterinnen wird der gleiche Akkordlohn gezahlt wie an die in der Fabrik Beschäftigten. Wöchentliche Lohnzahlung auch für Heimarbeiter. An die Heimarbeiter ist täglich nur so viel Rohmaterial zur Verarbeitung zu

geben, als dieselben in einer vernünftig bemessenen Arbeitszeit pro Tag fertigzustellen in der Lage sind. Als Maßstab hierfür gilt die durchschnittliche Leistung der Mehrheit der in der Branche und in dem betreffenden Arbeitszweig tätigen Arbeiterinnen.“ Der Zweck dieser Bestimmungen ist, die übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit für Heimarbeiterrinnen entgegenzuwirken. Sie scheinen uns nicht gerade vorbildlich formuliert, und ob sie ausreichen werden, das Übel zu bekämpfen, muß die Zukunft lehren. Aberhaupt bleibt ja abzuwarten, wie die Unternehmer den Vertrag auslegen und respektieren werden. Jedenfalls wird die Organisation der Arbeiter alles tun, um die Innehaltung des Vertrags zu erzwingen, aber sie kann nicht nur für die Arbeiterinnen, sondern sie muß durch sie wirken. Die Arbeiterinnen der Braunschweiger Konservenindustrie haben leider, trotz der Verbesserungen, die der Verband für sie errungen hat, bis jetzt zum großen Teil den Anschluß an die Organisation noch nicht gefunden. Hoffentlich betreten sie nun endlich den Weg, der zu verbesserten Arbeitsbedingungen, zu einer kulturwürdigen Existenz führt.

h. sch.

Aus der Textilindustrie. Wir haben in Nr. 18 der „Gleichheit“ schon über den Mißstand der Spulerrinnen in Hünfingen berichtet. Trotz der anfänglich schlechten Aussichten verlief der Streik dank dem Eingreifen des Textilarbeiterverbandes doch nicht ganz erfolglos. Der Taglohn der Arbeiterinnen wurde zwar nicht um 20 Pf. pro Tag, wohl aber um 16 bis 18 Pf. erhöht. Die Arbeiterinnen haben infolge dieses Vorganges eingesehen, daß sie ohne Organisation machtlos sind, und sind durchweg dem Textilarbeiterverband beigetreten. Auch bei der Firma Uhde-Hünfingen kam es kürzlich zu einer Auseinandersetzung. Hier trieben vor allem schwere Mißstände moralischer Art in einen Ausstand. Der Spulmeister pflegte die Arbeiterinnen mit unftitlichen Anträgen zu verfolgen. Wurde er abgewiesen, so suchte er sich als Vorgesetzter auf jede Weise zu rächen. Zwei Arbeiterinnen hatten seinen abgewiesenen Gelüsten die Kündigung zu verdanken, eine dritte war davongelaufen, um sich allen Weiterungen zu entziehen. Dazu kam, daß die Spulmeisterin, die schon lange bei der Firma beschäftigt war, durch allerlei Schikanen dazu getrieben wurde, die Arbeit niederzulegen. Daraufhin stellten die Arbeiterinnen ihrerseits ebenfalls die Arbeit ein. Sie forderten die Entlassung des Meisters und die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterinnen sowie der Spulmeisterin. Da die Mehrzahl der Arbeiterinnen organisiert ist, griff die Gewerkschaft ein. Der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes wurde mit drei Spulerrinnen bei der Direktion vorstellig. Diese lehnte es jedoch ab, mit dem Beauftragten der Gewerkschaft zu verhandeln. Da im Betrieb kein Arbeiterausschuß besteht, vertraten nun die drei Spulerrinnen allein die Sache ihrer Kolleginnen. Die Verhandlungen — vom Ausstand unterstützt — hatten Erfolg. Dem Meister wurde gekündigt, die entlassenen Arbeiterinnen und die Meisterin wurden wieder eingestellt. Der Streik hatte noch ein kleines Nachspiel. Ein Arbeiter wurde entlassen, weil er zu einer Arbeitswilligen gesagt hatte, es sei nicht schön von ihr, daß sie den Streikenden in den Rücken falle. Es ist daher Pflicht der Genossinnen, ihren Einfluß geltend zu machen, um Zugug von Seidenwebern und Spulern fernzuhalten. Von dem Streitfall abgesehen, ist auch die Lage der Seidenweber und Spuler im Betrieb Uhde keine so glänzende, wie sie die Firma in den Zeitungen schildert.

a. n.

Genossenschaftliche Rundschau.

Im Herzogtum Gotha hat die Regierung dem Landtag ein Steuergesetz vorgelegt, das unter anderem auch eine unerhörte Sonderbesteuerung der Konsumvereine bezweckt, denen fast nur arme Arbeiter angehören. Der Gesetzentwurf, so schreibt die „Konsumvereins-Korrespondenz“, läßt erkennen, „wie rapide der Liberalismus abwirtschaftet, der vor Zeiten einmal hier heimatberechtigt war. Die armen Holzfäller, Waldarbeiter, Kleinbauern und Heimindustriellen des Herzogtums verfügen nur über ein sehr schmales Einkommen. Die Not zwingt sie zu sparsamster Lebensführung. Sie bildete auch die unmittelbare Veranlassung zur Entstehung zahlreicher Konsumvereine, die man in den kleinsten, weitestgelegenen Dörfern findet, wo oft sämtliche Gemeindeglieder dem Konsumverein angehören. Früher wurde von der Regierung der Wert der Konsumvereine für die Wirtschaftsführung dieser schlecht entlohnerten, vom Verkehr abgeschnittenen Bevölkerung anerkannt. Zahlreiche Rundgebungen zugunsten der Konsumvereine sind vom Regierungsstich aus schon in Gotha erfolgt. Aber nun hat sich das Blatt gedreht. . . Die Regierung glaubt die Wählerstimmen der paar Tausend Lebensmittelhändler nicht entbehren zu können, und um diese Krämer bei guter Laune zu erhalten, sollen

nun die Zehntausende Konsumvereinsmitglieder unter ein Ausnahmesteuerrecht gestellt werden. Im Entwurf des Gemeindeabgabengesetzes wird die Einführung einer nach dem Umsatz bemessenen Betriebssteuer für Warenhäuser und Konsumvereine vorgeschlagen. Während aber für die Warenhäuser eine Höchstgrenze festgesetzt wird, soll die Umsatzsteuer für Konsumvereine in ihrer Höhe nicht begrenzt sein. Handwerkergenossenschaften und Genossenschaften der Landwirte werden von der Umsatzsteuer ausdrücklich ausgenommen. Diese Genossenschaften erhalten sogar Staatsubventionen. Der Plan ist charakteristisch für die Beurteilung, die das Konsumvereinswesen gegenwärtig in Gotha erfährt. Er stellt nichts anderes dar als einen Versuch, die Konsumvereine zu erdroffeln. Der genossenschaftlichen Betätigung der breiten Massen des Volkes soll jede Erfolgsmöglichkeit geraubt werden, der Steuerfiskus trägt Verlangen nach den Sparfennigen der Armen des gothaischen Volkes. . . Wird der Landtag des Herzogtums Gotha sich dabei als willfähriger Helfer der Regierung erweisen? Die Gefahr, daß dieses geschieht, ist groß, wenn nicht die Konsumvereine alles aufbieten, um dem Lande die wahre Natur des für sie in Aussicht genommenen Ausnahmesteuerrechts klarzumachen.“ — In derselben Zeit, da die gewiß nicht im Geruch freier Willkür stehende sächsische Regierung eine Landesumsatzsteuer mit Nachdruck ablehnt, kommt man in Gotha mit einem unglaublich ungerechten derartigen Vorschlag! Das ist bezeichnend!

Der Breslauer Konsumverein, der nach seiner Mitgliederzahl der größte der Welt ist, unterhält nach seinem Jahresbericht für 1909 neben einem Hauptlager 75 Warenabgabestellen und vier Kohlenlager. Er betreibt außerdem eine Destillation und Löffelfabrik, Kaffeebäckerei, Gewürzmühle, Brotfabrik, Mineralwasserfabrik und Abfüllerei für Honig und Öle. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug 93 100, der Erlös für Waren 21 457 678,57 Mk. Der Nettoüberschuß belief sich auf 2 512 739,62 Mk., von denen 41 498 Mk. zur Verzinsung der Geschäftsguthaben der Mitglieder dienen sollen. 85 890 Mk. (!) sind bestimmt zu Lantien für Direktion und Verwaltungsrat, 2 339 430 Mk. zur Zahlung einer Rückvergütung von 11 Prozent. An Steuern und Gebühren zahlte der Verein 1909 insgesamt 325 930 Mk. Dieser Konsumverein steht unter bürgerlicher Leitung. In einer modernen, von Arbeitern beeinflussten Genossenschaft wäre eine so enorm hohe Vergütung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat unmöglich. Der Durchschnittsumsatz auf das Mitglied ist (231 Mk.) sehr nieder.

Ende 1909 wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus die Frage der Teuerung der Lebensmittel behandelt. Das Parlament wählte eine Kommission, die als der „Teuerungsausschuß“ weiterleben wird. In diesem „Teuerungsausschuß“ sind nun verschiedene Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung gemacht worden. Uns interessiert vornehmlich ein Vorschlag, der von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Renner herrührt. Dieser hat in der Kommission folgenden Antrag gestellt: „Die Regierung wird aufgefordert, den Interessen der Konsumenten jenen Schutz und jene Förderung, welche bisher die Produzenten genossen haben, durch legislative und budgetäre Maßnahmen zuzuwenden. Als solche Maßnahmen sind vor allem anzusehen: Die Errichtung von Beiräten für Konsumenteninteressen durch Berufung von Fachmännern des Approximationswesens und der Konsumentenorganisationen und die Aufwendung staatlicher Mittel für die Konsumentenorganisationen. Alle gesetzlichen und administrativen Benachteiligungen dieser Art von Genossenschaften sind zu beseitigen, und die Anschläge der organisierten Händler und Zwischenhändler auf diese wirtschaftliche Assoziationsform sind abzulehnen und zurückzuweisen. Die Regierung wird aufgefordert, diesen Grundfragen entsprechende Vorlagen dem Abgeordnetenhaus unverzüglich zu unterbreiten und angemessene Beträge in das Budget für 1910 einzusetzen.“ — Bei dem innigen Verhältnis, das in Österreich zwischen unserer Partei und den Konsumvereinen der Arbeiter besteht, ist selbstverständlich, daß dieser Antrag im Einverständnis mit den maßgebenden Instanzen der letzteren gestellt wurde. Das ergibt sich auch aus einem Artikel des Organs des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, in dem der Antrag zustimmend behandelt wird.

Der Vorgang verdient insofern Beachtung, als nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern mit starker Konsumvereinsbewegung die materielle Hilfe des Staates für die Genossenschaften prinzipiell abgelehnt wird. Da wo der Staat für bestimmte Genossenschaftsarten Mittel aufwendet — in Sachsen und Preußen zum Beispiel für die agrarischen und Handwerkergenossenschaften —, wird diese Staatshilfe bekämpft. Unsere Genossen in Österreich scheinen, dem Inhalt des erwähnten Artikels nach, entgegengesetzt zu argumentieren: weil der Staat für die bürgerlichen Genossen-

schaften Geld hergibt, muß er auch die Konsumvereine unterstützen. Dieses Verlangen wird unter anderem auch mit den besonders gearteten Verhältnissen in Österreich begründet, ein Argument, das wir in diesem Falle jedoch nicht gelten lassen möchten. Aus den Reihen der österreichischen Genossenschaftler selbst ist Opposition gegen die vertretene Auffassung laut geworden. In Nr. 6 des „Konsumverein“, Organ des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, veröffentlicht W. (Wilhelm?), Sekretär des österreichischen Zentralverbandes einen langen Artikel gegen den von Dr. Renner im österreichischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag auf staatliche Subvention der Konsumvereine. Die ablehnende Haltung W.s gipfelt in folgenden Sätzen: „Was mich veranlaßt, die Subventionierung der Genossenschaften nicht nur für die Konsumvereine, sondern für alle Genossenschaftsarten zu verwerfen, sind die unzweifelhaften Mißerfolge und die daraus resultierende Korruption, die solche Subventionierungen nach sich ziehen. . . Nicht die staatliche Aufsicht über die Konsumvereine wäre das Ärgere, sondern die Gefahr, daß durch die überreichlich fließenden Mittel von Staat und Land das Interesse der Beteiligten an ihren Institutionen erlischt. . . Es zeigt sich immer wieder, daß solche Genossenschaften, deren Mitglieder nicht den vollen Wert der Institution erkennen und die für den Betrieb nötigen Mittel zum größten Teil selbst aufbringen, keine Existenzberechtigung haben und früher oder später ihrem eigentlichen Zwecke sich entfremden und zusammenbrechen. . . Wer die Lebensmittelerhöhung bekämpfen will, mag sie in ihren Grundursachen bekämpfen; bei der Förderung der Genossenschaften durch staatliche Mittel, ob sie nun agrarischen oder Konsumentenorganisationen zulassen, bleibt es dahingestellt, ob der Zweck erreicht wird. Daß eine einseitige staatliche Förderung zum Nachteil der anderen Seite ausschlagen muß, sei ohne weiteres eingeräumt. Damit ist aber noch nicht die Berechtigung für die Forderung nach gleicher staatlicher Subventionierung und Unterstützung im Interesse der Genossenschaften und ihrer Entwicklung gegeben. „Gleiches Recht für alle,“ aber dieses gleiche Recht soll nicht in staatlicher Förderung durch Subventionierung aus öffentlichen Mitteln bestehen, sondern jede Genossenschaftsart soll sich auf dem gleichen Boden reiner Selbsthilfe jene Entwicklungsmöglichkeiten erschließen, die ihr im ökonomischen Entwicklungsgang zukommen.“

Dieser Standpunkt deckt sich durchaus mit dem der reichsdeutschen Konsumgenossenschaftler. H. F.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Lage der Heimarbeiter und -arbeiterinnen in Westfalen, die wir schon an anderer Stelle flüchtig berührt haben, hat sich durch die neuen indirekten Abgaben noch bedeutend verschlimmert. Der Steigerung der Lebensmittelpreise entspricht nicht nur keine Erhöhung der Löhne, es herrscht vielmehr in vielen Industriezweigen Unsicherheit des Erwerbs, wenn nicht Arbeitslosigkeit. Die neue Tabaksteuer vor allem hat die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen hart getroffen. Viele sind dadurch brotlos geworden, anderen wurde der ohnedies larme Verdienst noch weiter geschmälert. Nun wohnen allerdings viele der westfälischen Heimarbeiter, welche die Tabakindustrie beschäftigt, auf dem Lande, so daß sie in der Folge manche kleine Hilfsquelle haben, die der städtischen Arbeiterschaft obgeht. Den meisten ist es jetzt noch möglich, sich einen kleinen Kartoffelacker zu pachten, häufig findet sich auch ein Schweinchen im Stall. Allein die jetzigen Zustände lassen befürchten, daß der ländlichen Bevölkerung auch diese Hilfe genommen wird. Wie sollen aber die städtischen Heimarbeiter durchkommen, denen der Zuschuß zum Arbeitsverdienst fehlt, der auf dem Lande möglich ist, und die dazu unter der Konkurrenz der etwas günstiger gestellten ländlichen Bevölkerung zu leiden haben. Die Konfektions- und Wäschefabriken von Bielefeld und Herford beschäftigen in den Dörfern der Umgebung Tausende von Heimarbeiterinnen zu ganz elenden Löhnen. Es kommt vor, daß Arbeiterinnen innerhalb acht Tagen 6,20 Mk. verdienen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß infolge der ziemlich bedeutenden Entfernung zwischen Heim und Fabrik beziehungsweise Kontor beim Einholen und Abliefern der Arbeit sehr viel Zeit verloren geht. Ferner müssen von dem Wochenverdienst noch 60 Pf. für Fahrgehalt, 20 Pf. für Faden, Zwirn und sonstige Auslagen in Abzug gebracht werden. Und das ist besonders traurig: manche Arbeiterin kann den angegebenen Verdienst nur erreichen, wenn sie ihre Kinder zu allerhand Hilfestellungen heranzieht. Das ist auch in anderen Industrien so, wo Heimarbeit eine große Rolle spielt. In Blomberg sind ganze Familien mit dem Flechten von

Stuhlflechten beschäftigt. Sie erhalten für den einzelnen Stuhl 12 bis 20 Pf. Am 1. Mai gibt das Proletariat aller Länder seinen Willen kund, daß menschenwürdige Existenzbedingungen für alle Arbeiter geschaffen werden müssen. Unter seinen Forderungen erklingt auch die: Weg mit dem Elend der Heimarbeit!

Marie Bactwih.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die sozialistischen Arbeiterinnen Rußlands und die Prostitutionfrage. Der erste russische Kongreß zur Bekämpfung der Prostitution wird Anfang Mai in St. Petersburg tagen. Die Voraufsteller des Kongresses sind „höchst anständige Leute“ aus den besitzenden Klassen: Staatsbeamte, Damen der obersten Gesellschaftskreise, bekannte Professoren und Ärzte. Die Prostitution hat in Rußland im Laufe der letzten Jahre ungeheuer zugenommen. Dazu hat die politische Reaktion beigetragen, die der freien Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens sehr hinderlich ist und besonders schwer auf der Arbeiterklasse lastet. Dieser Stand der Dinge macht sich um so mehr geltend, als die Krise mit ihren Folgen ohnehin verhängnisvoll wirkt. Schreckliche Zustände hatten sich besonders in Westrußland, in Polen während der berückichtigten Arbeiteraussperrungen von 1906 bis 1907 herausgebildet. Wie überall forderte die Prostitution die meisten Opfer aus den besitzlosen Schichten der Gesellschaft. Nicht nur erwachsene Frauen, nein, Arbeiterkinder von 8 bis 9 Jahren, Töchter der auf die Straße geworfenen Proletarier, boten sich für ein Stück Brot den Passanten an. Deshalb erregte der Kongreß lebhaftes Interesse in den Kreisen der erwachenden proletarischen Frauen. Die Arbeiterinnen von St. Petersburg, die schon in den großen Streiks von 1895 und 1898 bewiesen haben, daß das Klassenbewußtsein in ihren Reihen sich mächtig zu regen beginnt, beschloß, an dem Kongreß teilzunehmen. Die Klassenbewußten Proletarier Rußlands sind sich zwar prinzipiell durchaus darüber klar, welch tiefe Klust ihre Bewegung von allen bürgerlichen Veranstaltungen trennt. Allein die politischen Zustände sind in Rußland derart, daß die Arbeiter sich aller Mittel bedienen müssen, der legalen wie der illegalen, um die sozialistischen Ideen zu verbreiten. Ein solches legales Mittel ist die Beteiligung an dem Kongreß. Die Arbeiterinnen wollten die Tagung als Tribüne benützen zur Verkündung des Standpunktes, den die Sozialisten hinsichtlich der Prostitution vertreten. Die Durchführung dieses Beschlusses war und ist nicht leicht. Es galt nicht nur Hindernisse zu überwinden, die von der Polizei in den Weg gelegt wurden, auch innere Schwierigkeiten mußten beseitigt werden. Es mangelte an geeigneten Kräften zur Agitation unter den Arbeiterinnen, die über den Kongreß und seine Bedeutung unterrichtet werden mußten. Es fehlte das Geld zur Durchführung der Enquete, durch die Beweismaterial für den sozialistischen Standpunkt gesammelt werden sollte. Doch wird mit Hilfe der Gewerkschaften das Menschenmögliche geleistet. Kleinere Versammlungen finden statt, das nötige Material wurde zusammengetragen und die Enquete konnte ausgearbeitet werden. Doch jetzt suchen plötzlich die Einberufer des Kongresses Hand in Hand mit der Regierung der Arbeiterdelegation den Zutritt zu erschweren. Die Teilnehmer am Kongreß sollen der Bestätigung durch den Polizeipräsidenten bedürfen, die Referate einer doppelten Zensur unterliegen und was dergleichen Schikanen mehr sind. Alle Mittel werden aufgeboten, um den „unruhigen und unzuverlässigen Elementen der Gesellschaft“ die Türen des Kongresses zu verschließen. Und doch kann das Proletariat nicht schweigen, wenn über diese furchtbare soziale Abeld, die Prostitution, in Rußland zum erstenmal öffentlich verhandelt wird. Seine gewaltige Stimme soll den uneinigen, heuchlerischen Chor der bürgerlichen Kongreßteilnehmer übertönen. Darum hegen die legalen und illegalen Arbeiterorganisationen die Absicht, bei dem Kongreß Protestresolutionen einzubringen. Klipp und klar sollen die Ursachen der Prostitution dargelegt, soll nachgewiesen werden, daß sie nur nach einer sozialen Umwälzung verschwinden kann. Doch nicht nur das. Die Resolutionen sollen auch alle die Reformen fordern, durch welche der Prostitution schon jetzt entgegengearbeitet werden kann. Auf diese Weise wird es hoffentlich der Arbeiterdelegation gelingen, dem sentimentalischen und verlogenen Gerede der bürgerlichen Kongreßteilnehmer den lebensvollen und prinzipiellen Standpunkt der sozialistischen Arbeiterpartei entgegenzustellen. Wir hoffen, durch den geplanten Vorstoß auch die dringend notwendige Aufklärungsarbeit unter den Frauen der Arbeiterklasse einen Schritt weiter bringen zu können. A. K.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zettin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.